P R O T O K O L L

*über die 29. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr
am Donnerstag, 17. November 1994, im Rathaus, 1. Stock hinten,*

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Friederike Mach
Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Roman Eichhübl
Ing. Othmar Schloßgangl
Ing. Dietmar Spanring
Leopold Tatzreiter
Dkfm. Mag. Helmut Zagler

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler
Hermann Bachner
Felicitas Bauer
Josef Brandstötter
Ulrike Fuchs
Günter Fürweger
Walter Gabath
Hans Dieter Götz
Engelbert Huber
Klaus Jansky
Anna Jeloucan

Engelbert Lengauer
Brigitte Lohnecker
DI Frank Mundorff
Helmut Oberreiter
Walter Oppl
Hans Payrleithner
Mag. Harald Philipps
Edith Radmoser
Franz Rohrauer
Hermann Ruprechter
Eva Scheucher
Wilhelm Spöck
Walter Strobl
Ingrid Weixlberger

VOM AMT:

MD Dr. Kurt Schmidl
OMR Dr. Gerhard Alphasamer
MR Mag. Helmut Golda
MR Mag. Helmut Lemmerer

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist
Belinda Kastlunger

T a g e s o r d n u n g

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Angelobung von 3 neuen Mitgliedern des Gemeinderates

Wahl eines(r) Vizebürgermeisters(in)

Angelobung des (der) neuen Vizebürgermeisters(in)

Bestimmung der Reihenfolge, in der die Vizebürgermeister(innen) den Bürgermeister zu vertreten haben (§ 28, Abs. 8, StS 1992)

Wahl eines neuen Mitgliedes des Stadtsenates

Angelobung eines neuen Mitgliedes des Stadtsenates

Bildung der gemeinderätlichen Ausschüsse; Änderung in der Zusammensetzung

Bekanntgabe des (der) Fraktionsvorsitzenden der sozialdemokratischen GR-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Steyr (§ 9, Abs. 2, StS 1992)

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54, Abs. 3, StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates:

- 1) ÖAG-7948/92
Schülerfreifahrt - Erwerb einer Schülernetzmarke für die Benützung des gesamten Liniennetzes der Stadtwerke Steyr; Erweiterung dieser Möglichkeit für Schüler ohne Schülerfreifahrtschein - Fahrpreisersatz.
- 2) Fin-117/94
Rassekleintierzüchterverein E 23 Steyr; Ansuchen um Subvention 1994.
- 3) SH-395/73
"Essen auf Rädern" - Instandhaltung der Fahrzeuge.
- 4) Fin-198/94
Oö. Tierschutzverein, Zweigstelle Steyr; Subvention 1994.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN
LEITHENMAYR:

- 1) Fin-47/93 SKF Österreich AG; Seitenstettner Straße 15,
4400 Steyr; Gewerbeförderung.
- 2) Agrar-126/94 Bezirksgrundverkehrskommission Steyr; Bestel-
Erlaß lung eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes.
- 3) F-395/73 Änderung der Kostenbeitragsregelung der Aktion
"Essen auf Rädern".

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEO-
POLD PFEIL:

- 4) K-6038/90 Weihnachtsausstellung 1994; Festsetzung der Ein-
trittspreise.
- 5) K-2584/84 Schloßgalerie Steyr; Adaptierungsmaßnahmen an
der Fassade bzw. Dachschicht; Vorschreibungen
von Behörden.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 6) Stadtw-73/94 Krematorium Steyr; Entsorgungskosten für Kränze
und Blumenbeigaben.
- 7) Stadtw-74/94 Kremationsofen; Erneuerung der Unterofenaus-
mauerung einschl. Tausch der Heizspiralen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR
SCHLOSSGANGL:

- 8) Bau3-27/93 Beleuchtungsneubau im Stadtteil Christkindl im
Zuge des Kanal- und Straßenbaues.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, sehr verehrte Gäste, Vertreter der Presse! Ich eröffne die heutige GR-Sitzung, stelle fest, daß sie ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind mir Frau GR Eva Scheucher und Herr GR Hermann Bachner gemeldet. Nehmen die Herrschaften diese Funktion an? Danke sehr. Entschuldigt haben sich: Hr. StR Karl Holub, Hr. GR Richard Gollatsch, Hr. GR Dr. Tilman Schwager und Hr. GR Franz Straßer.

Meine Damen und Herren des GR! Frau StR Ingrid Ehrenhuber und Hr. GR Johann Glanzer teilten mir schriftlich mit, daß sie mit 31. 10. 1994 auf die Ausübung ihres StS- bzw. GR-Mandates verzichten. Weiters erklärte Hr. GR Gerhard Bremm seinen Rücktritt mit 10. 11. 1994. Schließlich schrieb Hr. Vbgm. Erich Sablik, daß er mit Wirkung v. 16. 11. 1994 sein Amt als Vizebürgermeister aus gesundheitlichen Gründen zurücklegt. Aufgrund dieser Mandatszurücklegungen wird es heute zu mehreren Angelobungen kommen. Bevor ich jedoch dazu übergehe, möchte ich noch einmal den pol. Werdegang der "Ausgeschiedenen" in Erinnerung bringen.

Hr. Vbgm. Erich Sablik ist am 8. 3. 1931 geboren; er gehörte seit 7. 11. 1967 dem GR an und war bis 3. 6. 1985 Gemeinderat im

Bauausschuß, im Ausschuß für soziale Angelegenheiten und im Prüfungsausschuß. Er war dann Stadtrat vom 4. 6. 1985 bis zum 6. 11. 1991 - hier war er im Bauausschuß, Umweltausschuß, Ausschuß für soziale Angelegenheiten und in der Seniorenbetreuung tätig. Am 7. November 1991 wurde er zum Vizebürgermeister gewählt und war in dieser Funktion als erster Geschäftsführender Vbgm. bis 16. 11. 1994 tätig; während dieser Zeit war er im Bauausschuß und im Umweltausschuß vertreten - zuständig für den Umweltschutz, den Städtischen Wirtschaftshof, die Mülldeponie, den RHV Steyr und Umgebung und das Rettungswesen.

Unser Kollege Vbgm. Sablik war 27 Jahre im GR - das ist eine enorm lange Zeit. Man kann fast sagen "ein Arbeitsleben" im GR. Er hat oft gesagt, daß er sein persönliches Leben den Terminen untergeordnet hat, die eben hier im GR determiniert sind - z. B. die Ausschüsse, die Fraktionen, die GR-Sitzungen. Er war in vielen Funktionen tätig und hat sich auch bes. in den letzten Jahren für den Umweltschutz sehr verdient gemacht.

Manchmal war er auch besonders humorvoll bei den GR-Sitzungen und hat hier auf seine ganz eigene Art diese Tätigkeit ausgefüllt. Koll. Sablik war ein großer "Reisender" - er ist immer in der Welt "herumgefahren" und konnte dadurch viele Erfah-

rungen und Eindrücke sammeln, die er auch in seine Arbeit einbrachte.

Ich möchte Dir, lieber Erich Sablik, heute und hier beim letzten Mal in diesem Zusammentreffen für Deine langjährige Tätigkeit im Steyrer GR und für diese Stadt ganz besonders herzlich danken. Ich wünsche Dir im wohlverdienten Ruhestand, daß es Dir gut ergehen möge, daß Du noch viele Reisen machen kannst, daß Du auch nicht "aus der Gegend" bist und mit uns noch oft Kontakt hast, daß Du uns Deinen Rat leihst und uns auch in der Zukunft begleitest.

Ich möchte Dir - als Erinnerung an die Tätigkeit im GR - einen Becher der Stadt Steyr überreichen.

Applaus

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Frau Stadträtin Ingrid Ehrenhuber ist geboren am 11. 2. 1939. Sie war Gemeinderätin vom 19. 10. 1979 bis zum 17. 10. 1982; sie war tätig im Kulturausschuß, im Ausschuß für soziale Angelegenheiten und im Wohnungsausschuß. Sie war Stadträtin vom 18. 10. 1982 bis zum 31. 10. 1994 - vertreten im Kulturausschuß, im Ausschuß für soziale Angelegenheiten und im Wohnungsausschuß. Frau StR Ehrenhuber war zuständig für die Seniorenbetreuung, für die Kin-

dergärten, für das Wohlfahrts- und Gesundheitswesen.

Wer Frau Stadträtin Ehrenhuber kennengelernt hat, der weiß, daß sie im sozialen Bereich "zu Hause war", daß sie sich ungeheuer engagiert hat und selbst immer von den Ereignissen tief betroffen gewesen ist. Man kann sagen, sie war das "Soziale Gewissen" in diesem GR.

Liebe Ingrid, auch Dir möchte ich im Namen der Stadt und persönlich für diese 15 Jahre im Steyrer GR, für die 15 Jahre Arbeit für die Stadt Steyr ganz besonders herzlich danken. Ich wünsche Dir alles Gute im Ruhestand und daß es Dir wohl ergehen möge - im übrigen soll dasselbe gelten wie bei den Wünschen für Koll. Sablik. Auch Dir möchte ich diesen Becher überreichen.

Applaus

**BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:**

Koll. Gerhard Bremm ist am 15. 1. 1949 geboren. Er war Gemeinderat vom 1. 2. 1990 bis zum 31. 10. 1994 und tätig im Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen, im Ausschuß für Schul- und Sportangelegenheiten, im Verkehrsausschuß sowie im Wohnungsausschuß.

Aufgrund seiner Tätigkeit in Vereinen und im Betrieb hat er sich bes. für die Belange der Arbeitsplätze engagiert, aber auch

für den Bereich Verkehr - als Obmann des ARBÖ war er natürlich ein wichtiger Mitarbeiter.

Im Sportbereich hat er - weil er auch als Sportfunktionär tätig ist - viele wichtige Beiträge in dieser Zeit geleistet. Ich möchte Dir, lieber Gerhard Bremm, recht herzlich danken für Deine Arbeit und für Deine Tätigkeit im Steyrer Gemeinderat.

Applaus

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege GR Johann Glanzer hat aus beruflichen Gründen - weil er sehr schlecht vom Betrieb weggehen kann - sein Mandat zurückgelegt. Auch heute mußte er sich aus beruflichen Gründen entschuldigen.

Geboren wurde er am 4. 4. 1945, war Gemeinderat vom 7. 11. 1991 bis zum 31. 10. 1994 und im Kulturausschuß, im Prüfungsausschuß, im Umweltausschuß sowie im Ausschuß für kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen tätig. Johann Glanzer war besonders interessiert an den Problemen der Jugend und der Kinder; er war auch viele Jahre Funktionär der Kinderfreunde und hat diesem Thema - bis hin zu den Spielplätzen - großes Augenmerk zugewendet. Er war auch ein wertvoller Mitarbeiter im Steyrer Gemeinderat. Ich danke ihm bei dieser Gelegenheit recht herzlich

für seine Tätigkeit, und wir wünschen auch ihm für die Zukunft alles Gute.

Meine Damen und Herren des GR, aufgrund dieser 4 Mandatsverzichte sowie der abgegebenen Verzichtserklärungen der Listennächsten Walter Hahn und Marianne Langbauer sind daher in der heutigen Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr als neue Mitglieder des Gemeinderates Frau Ingrid Weixlberger, Herr Walter Oppl, Herr Hermann Rupprechter und Herr Helmut Oberreiter anzugeloben.

VIZEBÜRGERMEISTER I. R.

ERICH SABLİK:

Herr Bürgermeister! Ich möchte bei dieser Gelegenheit - auch im Namen der Ausgeschiedenen - noch ein paar Worte sagen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Bevor wir diese Angelobung vornehmen, würde ich Hrn. Vbgm. Sablik bitten, einige Worte für die Ausgeschiedenen zu sprechen.

VIZEBÜRGERMEISTER I. R.

ERICH SABLİK:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Beamtenschaft und Herren der Presse, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Erlauben Sie mir anlässlich der letzten Gemeinderats-Sitzung, an der ich teilnehme, einige Abschiedswor-

te, die ich auch im Namen von Ingrid Ehrenhuber, Gerhard Bremm und Johann Glanzer an Sie richte.

Als Mandatare dieser Stadt hatten wir die ehrenvolle Aufgabe, an der Weiterentwicklung unserer Heimatstadt aktiv mitwirken zu dürfen. Im Rahmen der vielen, kleinen Schritte, mit denen alle gemeinsam aus dem desolaten Nachkriegs-Steyr eine moderne Stadt mit hoher Lebensqualität entstehen haben lassen, haben auch wir unseren Beitrag geleistet. Jeder an seinem Platz, in unterschiedlichen Funktionen und mit verschiedenen langen Funktionsdauern.

Wenn ich an den Beginn meiner Gemeinderats-Tätigkeit zurückblicke und die Stadt im Jahr 1967 mit der von heuer vergleiche, dann wird allein an den Bauwerken, die es damals nicht gab und die heute selbstverständlich sind, deutlich sichtbar, daß wir ein gutes Stück vorwärts gekommen sind: Etwa 4.000 Wohnungen und 550 Senioren-Wohnungen sind in diesem Zeitraum gebaut worden; Hunderte Siedlungshäuser wurden errichtet, Schulen, wie das Gymnasium oder die Handelsakademie, zwei Theater, der Stadtsaal und das Stadtbad, die Eishalle, Sportplätze, die größten Brücken, der Tunnel, Kindergärten und Horte, Mehrzwecksäle, Straßen, Erneuerung des Kanalnetzes, Kläranlage, Mülldeponie u. v. a. m.

Wenn ich oder wenn wir durch diese Stadt gehen, dann kann keiner von uns sagen, "das war ich", sondern nur: "hier war ich oder hier waren wir dabei"!

Ich persönlich bekenne mich aber auch zu den großen Kreditaufnahmen, die durch diese Investitionen unvermeidbar waren. Sie wurden nicht leichtfertig getätigt, sondern das Geld wurde für die Zukunft dieser Stadt investiert. Jede Gemeinderats-Generation eilt der Finanzierung voraus, und auch Sie arbeiten gerade daran.

Gemeinderäte, liebe Zuhörer, haben - auch wenn das viele einem Mandatar gar nicht zubilligen - Gefühle, sind auf etwas stolz und können sich freuen. Ich habe mich z. B. besonders gefreut - und auch meine Kollegin Ehrenhuber -, als wir die große Pflegestation im Altenheim eröffnet haben und damit unseren älteren Mitbürgern eine bessere Pflege- und Altersversorgung bieten konnten. Aber etwa auch, daß ich bei der 1000-Jahr-Feier der Stadt - an der Hand meinen kleinen Enkel, der heute 1,95 Meter groß ist - im Kreis der Gemeinderats-Kollegen mitmarschieren durfte, hat mich damals mit Freude erfüllt.

Natürlich macht man auch Fehler - manchmal sogar große. Einer davon war sicherlich, daß ich für die Zuschüttung des Wehrgrabenkanals gestimmt habe. Ich glaube aber, daß diese Fehleinschätzung von damals wettge-

macht wurde, indem meine Kollegen und ich seither besonders intensiv für die Revitalisierung des Wehrgrabens eingetreten sind.

Abschließend möchte ich noch anführen, daß ich im Rahmen meiner politischen Tätigkeit zwar immer vehement meine Standpunkte vertreten habe, gleichzeitig aber immer versucht habe, aus politischer Gegnerschaft niemals persönliche Feindschaft entstehen zu lassen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen im Namen aller ausscheidenden Mandatare für Ihre zukünftige Tätigkeit alles Gute. Arbeiten Sie weiter mit vollem Einsatz für unsere schöne Heimatstadt Steyr und stellen Sie im Interesse der Stadt und ihrer Bürger bei allen Ihren Handlungen das Gemeinsame vor das Trennende. GLÜCK AUF!

Applaus

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke unserem "Vizebürgermeister in Ruhe" für seine Worte, für die Rückschau, und besonders dafür, wie er die Arbeit im Gemeinderat geschildert hat. Auch für die Wünsche, die er uns mitgibt auf den Weg, der nicht leichter, sondern schwieriger wird, möchte ich mich bedanken - sowie für den Appell, hier in der Arbeit für die Stadt das Gemeinsame über das Tren-

nende zu stellen. Noch einmal herzlichen Dank!

Meine Damen und Herren des GR, wir kommen nunmehr zur Angelobung von Frau Ingrid Weixlberger, Herrn Walter Oppl, Herrn Hermann Rupprechter und Herrn Helmut Oberreiter. Ich werde die Gelöbnisformel vortragen

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Zur Geschäftsordnung, Hr. Bgm.! Ich habe in der Einladung bzw. auf der Tagesordnung den Punkt: "Angelobung von 3 neuen Mitgliedern des GR"! Sie sprechen jetzt von 4. Wo ist hier der Unterschied? In der Einladung steht "3", ich habe "4" gezählt, die wir jetzt angeloben.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe schon berichtet, daß es "4" sind. Sie haben aber recht, Hr. Dr. Pfeil, daß wir die Tagesordnung in diesem Punkt ändern müssen. Der Punkt Nr. 2) der Tagesordnung ist also zu ändern, und zwar von "Angelobung von 3 neuen Mitgliedern des GR" auf "Angelobung von 4 neuen Mitgliedern des GR". Das ist deswegen passiert, weil die Einladungen bereits ausgeschickt waren, als Koll. Bremm auf sein Mandat verzichtet hat.

Ich frage Sie daher, meine Damen und Herren des GR: Wenn Sie für die Änderung der Tagesordnung in diesem Punkt sind, dann bitte

ich Sie, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke für diesen Hinweis auf den formellen Ablauf.

Nunmehr möchte ich die Gelöbnisformel vortragen, sie lautet wie folgt:

"Ich gelobe, die Bundesverfassung und die Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreich gewissenhaft zu beachten, meine Aufgaben unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern."

Ich ersuche die neu eingetretenen Gemeinderats-Mitglieder, sich einzeln von den Plätzen zu erheben und dieses Gelöbnis mit den Worten "Ich gelobe" zu leisten. Frau Ingrid Weixlberger.

GEMEINDERÄTIN
INGRID WEIXLBERGER:
Ich gelobe!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke vielmals. Herr Walter Oppl.

GEMEINDERAT
WALTER OPPL:
Ich gelobe!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Herr Hermann Rupprechter.

GEMEINDERAT
HERMANN RUPPRECHTER:
Ich gelobe!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr. Herr Helmut Oberreiter.

GEMEINDERAT
HELMUT OBERREITER:
Ich gelobe!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke. Meine Damen und Herren, wir begrüßen die neuen Mitglieder des GR herzlich in unserer Mitte und ersuchen sie, gut mit den anderen bereits im GR befindlichen Mitgliedern zusammen zu arbeiten für das Wohl unserer Stadt.

Nun kommen wir zu Punkt Nr. 3) "WAHL EINES(R) VIZEBÜRGERMEISTERS(IN).

Durch die Zurücklegung des Vizebürgermeister-Mandates durch den bisherigen Vizebürgermeister Erich Sablik ist die Neuwahl für die Funktion des Vizebürgermeisters erforderlich. Ich ersuche zur Durchführung der Wahlhandlung um die Teilnahme von 4 Wahlzeugen, wobei es in der Vergangenheit immer üblich war, das jeweils an Lebensjahren

jüngste Mitglied jeder einzelnen Gemeinderats-Fraktion mit dieser Funktion zu betrauen. Sollte diesem Vorschlag auch heute wieder zugestimmt werden, so wären dies von der SPÖ-Fraktion die soeben erst neu angelobte Gemeinderätin Ingrid Weixlberger, von der ÖVP-Fraktion Herr Gemeinderat Wilhelm Spöck, von der FPÖ-Fraktion Herr Gemeinderat Günter Fürweger und von der GAL-Fraktion Herr Gemeinderat Kurt Apfelthaler.

Sind die Herrschaften bzw. ist auch der GR damit einverstanden, daß wir in dieser Weise vorgehen? Es erhebt sich keine Gegenstimme, daher ersuche ich die genannten Gemeinderäte um Übernahme der Funktion als Stimmprüfer u. als Wahlzeugen, die die Wahlhandlung überprüfen bzw. überwachen.

Seitens der SPÖ-Fraktion wurde mir für die Wahl der Funktion des Vizebürgermeisters Frau Gemeinderätin Friederike Mach statutengemäß schriftlich, versehen mit den erforderlichen Unterschriften vorgeschlagen.

Wahlberechtigt hiefür sind jedoch nur die Mitglieder der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion. Die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen ist erforderlich.

Herr Präsidialdirektor Dr. Alphamer, ich ersuche Sie nunmehr, mit den Stimmprüfern die Wahlhandlung durchzuführen.

DIE MANDATARE DER SPÖ-GR-FRAKTION WERDEN IN ALPHABETISCHER REIHENFOLGE ZUR STIMMABGABE AUFGERUFEN. DIE VIER STIMMPRÜFER ERMITTELN DAS WAHLERGEBNIS UND GEBEN ES DEM BÜRGERMEISTER BEKANNT.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das Wahlergebnis lautet: 16 Pro-Stimmen, 1 Stimmenthaltung. Fr. Friederike Mach ist somit zur Vizebürgermeisterin gewählt!

Applaus

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich gratuliere der neu gewählten Vizebürgermeisterin herzlich und ersuche sie, zur Angelobung nach vorne zu kommen.

Frau Vizebürgermeisterin, ich ersuche Dich nunmehr, das Gelöbnis abzulegen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich gelobe, die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke herzlich, gratuliere noch einmal und lade Dich ein,

am Präsidiumstisch Platz zu nehmen!

Applaus

GRATULATION DER FRAKTIONS-
OBMÄNNER

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte mich bei Ihnen allen recht herzlich bedanken und würde Sie um eine gute, ehrliche und offene Zusammenarbeit ersuchen!

Applaus

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Wir kommen nun zur Bestimmung der Reihenfolge, in der die Vizebürgermeister(innen) den Bürgermeister zu vertreten haben (gem. § 28, Abs. 8, des Stadtstatutes 1992).

Gem. § 26 in Zusammenhalt mit § 28 Abs. 8 des Stadtstatutes 1992 wird die Reihenfolge, in der die Vizebürgermeister(innen) den Bürgermeister zu vertreten haben, wie folgt festgelegt:

1. Vizebürgermeisterin Friederike Mach als Geschäftsführende Vizebürgermeisterin
2. Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Wahl eines neuen Mitgliedes des StS. Durch die Zurücklegung des Stadt-

senats-Mandates durch die bisherige Stadträtin Ingrid Ehrenhuber ist auch ein neues Mitglied des Stadtsenates zu wählen. Ich darf die Stimmprüfer nochmals um die Übernahme ihrer Funktion ersuchen und mitteilen, daß mir von der SPÖ-Fraktion für die Wahl eines neuen Stadtsenats-Mitgliedes Herr Gemeinderat Ing. Dietmar Spanring statutengemäß schriftlich, versehen mit den erforderlichen Unterschriften vorgeschlagen wurde.

Wahlberechtigt hiefür sind ebenfalls nur die Mitglieder der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion. Die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen ist erforderlich.

Ich bitte nunmehr wieder Hrn. Dr. Alphasamer und die Wahlzeugen, die Wahlhandlung durchzuführen.

DIE MANDATARE DER SPÖ-GR-FRAKTION WERDEN IN ALPHABETISCHER REIHENFOLGE ZUR STIMMABGABE AUFGERUFEN. DIE VIER STIMMPRÜFER ERMITTELN DAS WAHLERGEBNIS UND GEBEN ES DEM BÜRGERMEISTER BEKANNT.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das Wahlergebnis lautet: 16 Pro-Stimmen, 1 Stimmenthaltung. Hr. Stadtrat Ing. Dietmar Spanring ist somit gewählt! Ich gratuliere recht herzlich und ersuche ihn ebenfalls, zur Angelobung nach vorne zu kommen!

Applaus

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich bitte Dich, die Gelöbnisformel zu sprechen!

STADTRAT ING.

DIETMAR SPANRING:

Ich gelobe, die Bundesverfassung der Republik Österreich, die Verfassung des Landes Oberösterreich und alle übrigen Gesetze getreu zu beachten und meine Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen zu erfüllen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich danke vielmals und gratuliere herzlich!

Applaus

GRATULATION DER FRAKTIONS-
OBMÄNNER

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, bedingt durch den Wechsel in der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion und die Neuwahlen der Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach und des Herrn Stadtrates Ing. Dietmar Spanring ist auch eine Änderung in der personellen Zusammensetzung der Ausschüsse bei der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion notwendig geworden. Es wurde mir ein ent-

sprechender Wahlvorschlag für eine Neuwahl der Ausschußmitglieder seitens der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion übermittelt, der in den Ihnen vorliegenden Listen über die Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse bereits entsprechend berücksichtigt und eingearbeitet ist. Über diesen neuen Vorschlag der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse ist nunmehr eine Wahlhandlung durchzuführen, an der ebenfalls nur die Mitglieder der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion wahlberechtigt sind.

Ich ersuche daher die Mitglieder der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, als Zeichen der Zustimmung zum eingereichten Wahlvorschlag ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Daher sind die vorgeschlagenen Ausschußmitglieder und Ersatzmitglieder gewählt.

Meine Damen und Herren, unter diesem Tagesordnungspunkt ist auch - bedingt durch die personellen Änderungen im Stadtsenat und im Gemeinderat - eine Änderung in der Zusammensetzung der Vertreter des Dienstgebers im Personalbeirat zu beschließen:

Die Dienstgebervetreter der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion bleiben mit Herrn Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler als Vorsitzender, Herrn Bürgermeister Leithenmayr und

Herrn Stadtrat Ing. Dietmar Spanring unverändert, allerdings sind die Funktionen der Ersatzmitglieder, die bisher durch Herrn Vizebürgermeister Sablik, Frau Stadträtin Ehrenhuber und Herrn Gemeinderat Bremm innegehalten wurden, neu zu besetzen. Seitens der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion wurde mir hiefür ein Vorschlag übermittelt, der als Ersatzmitglied für Herrn Stadtrat Dkfm. Mag. Zagler Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach, als Ersatzmitglied für Herrn Bürgermeister Leithenmayr Herrn Stadtrat Leopold Tatzreiter und als Ersatzmitglied für Herrn Stadtrat Ing. Dietmar Spanring Herrn Gemeinderat Josef Brandstötter neu vorsieht.

Entsprechend den Bestimmungen des Oö. Objektivierungsgesetzes, ist der diesbezügliche Beschluß durch den gesamten Gemeinderat zu fassen. Meine Damen und Herren, ich ersuche daher um Abstimmung über die Neubestellung der genannten Ersatzmitglieder im Personalbeirat.

Wenn Sie damit einverstanden sind, daß die Genannten in dieses Gremium einziehen, dann bitte ich Sie um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Vorschlag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Daher ist auch diese Wahl einstimmig erfolgt.

Nun kommen wir zum nächsten Tagesordnungspunkt "BEKANNT-

GABE DES FRAKTIONSVORSITZENDEN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN GEMEINDERATSFRAKTION IM GEMEINDERAT DER STADT STEYR".

Gem. § 9, Abs. 2, Stadtstat. 1992 gebe ich bekannt, daß mir die SPÖ-GR-Fraktion mitgeteilt hat, daß die Funktion des Fraktionsvorsitzenden künftighin durch Herrn Stadtrat Ing. Dietmar Spanring und die Funktion des Fraktionsvorsitzenden-Stellvertreters künftighin durch Frau Vizebürgermeister Friederike Mach wahrgenommen werden soll.

Ich ersuche Sie um Kenntnisnahme dieser Mitteilung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kommen wir nun zu Punkt Nr. 10) "BEHANDLUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN". Herr Gemeinderat Payrleithner richtete mit Schreiben v. 8. November folgende Anfrage an mich:

"Wie der letzten Ausgabe des Steyrer Amtsblattes zu entnehmen ist, wurde der Panther - für Jahrhunderte Wappen der Stadt Steyr (auch im Statut festgelegt) - durch ein modernes Logo ersetzt.

Da es sich entgegen der Behauptung von Magistratsdirektor Dr. Kurt Schmidl nicht um eine 'interne' Sache handelt, richte ich folgende Fragen an Sie:

1. Warum wurde weder ein gemeinderätlicher Ausschuß noch

der Stadtssenat und auch nicht der Gemeinderat mit dieser Veränderung befaßt?

2. Auf welchen Beschluß stützt sich diese Veränderung?

3. Wie hoch sind die anfallenden Kosten dieser Veränderung?

Grundsätzlich möchte ich noch anmerken, daß eine Vereinheitlichung auf den internen Schriftstücken selbstverständlich auch in meinem Interesse liegt, nach außen hin aber der Panther als Teil unserer Identität und Tradition für Steyr erhalten bleiben soll!"

Bevor ich die einzelnen Fragen beantworte, möchte ich zur Klärung der Diskussion um das neue Magistratslogo die Begriffe "Wappen" und "Logo" näher erläutern.

Wappen, meine Damen und Herren, sind Abzeichen - ursprünglich von Adels- und Fürstenhäusern, erst später auch von Staaten und Städten. Das im Statut der Stadt Steyr festgelegte Wappen ist als Symbol fest mit den Adelshäusern in Steyr und damit mit der Geschichte der Stadt Steyr verbunden und wird weiterhin als Symbol für die Stadt Steyr stehen.

Ein Wappen ist auch ein Hoheitszeichen für obrigkeitliches Handeln und für Ober- und Unterordnung im herkömmlich historischen Sinn.

Ein Logo ist das Kurzwort für "logotype" und bedeutet Marken- bzw. Firmenzeichen. Das neue

Magistratslogo soll als Firmenzeichen für das "Unternehmen Magistrat" dienen. Der Zusammenfluß von Enns und Steyr steht zum einen als Zeichen für das Zusammenwirken von Bürgern und Magistratsbediensteten im Sinne von partnerschaftlichem Tätigwerden und zum anderen für die Öffnung des Magistrates nach außen.

Es war noch nie die Rede davon - dies wurde im letzten Amtsblatt auch nicht behauptet -, daß der Panther als Wappen durch ein Magistratslogo verdrängt oder ersetzt werden soll. Vielmehr wird neben dem Logo für den Magistrat der Stadt Steyr auch in Zukunft - wie bereits erwähnt - der Panther als Symbol für die Stadt Steyr Verwendung finden.

Die einzelnen Fragen möchte ich folgendermaßen beantworten:

Der Magistrat ist gem. § 7 (Stadtstatut) Organ der Stadt Steyr und hat als solcher eigenständige Rechte und Pflichten (§ 51 StS) wahrzunehmen und besitzt daher eigene Rechtspersönlichkeit. Der Bürgermeister als Vorstand und der Magistratsdirektor als Leiter des inneren Dienstes bilden die Magistratsführung.

Der Magistrat verfügte bisher über kein eigenes Firmenzeichen, sondern bediente sich aus diesem Grund (etwa auf seiner Geschäftspost) fallweise des Stadtwappens. Da die Stadt Steyr und der Magistrat nach außen mit

demselben Symbol auftreten, ist dem Bürger eine entsprechende Unterscheidung oftmals nicht oder nur schwer möglich.

Der Magistrat hat eine Verwaltungsreform eingeleitet (mit Beschluß des Stadtsenates vom 17. 5. 1993), deren Ziel es u. a. ist bzw. sein muß, die Produktivität des Unternehmens zu erhöhen. Ein Erfolgsfaktor dafür ist, die Identität der Unternehmung zu fördern. Nur bei gegebener Identität läßt sich ein gemeinschaftliches, zielgerichtetes und somit effizientes und effektives Handeln der gesamten Unternehmung sicherstellen. Ein wichtiger Teil zur Entwicklung und Stärkung dieser eigenen Identität ist auch das Vorhandensein eines solchen "Logos".

Das Logo erfüllt daher einen zweifachen Zweck: Zum einen soll es zur Verbesserung des Selbstverständnisses und des Selbstbewußtseins bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Unternehmens führen. Zum anderen soll dem Bürger das "Unternehmen Magistrat" als eigene Rechtspersönlichkeit bewußt gemacht werden. Nur dann ist es nämlich für den Bürger auch klar und transparent, welche Leistungen der Magistrat der Stadt Steyr für den Bürger erbringt.

Ich möchte auch sagen, daß hier in der Vergangenheit sehr unterschiedliche Papiere verwendet wurden. Jede Abteilung hat ein anderes Geschäftspapier selbst gemacht, und aus diesem Titel

war es meiner Meinung nach sehr wichtig, daß wir diesbezüglich eine Vereinfachung bzw. Vereinheitlichung durchgeführt haben.

Weiters möchte ich feststellen, daß an Kosten - um diese wurde ja auch gefragt - im wesentlichen nur die Grafikerkosten anfallen, weil wir natürlich die alten Geschäftspapiere verwenden und auslaufen lassen. Erst wenn neue gedruckt werden müssen, wird dieses vereinheitlichte Geschäftspapier für alle Magistratsabteilungen eingeführt.

Soweit meine Antwort an Sie, Hr. Kollege Payrleithner.

Eine weitere Anfrage richtete Herr Gemeinderat Lengauer mit Datum vom 10. November an mich, sie lautet:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich stelle nach § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates folgende schriftliche Anfrage und ersuche höflichst um Beantwortung in der nächsten Gemeinderatssitzung.

Am 2. 11. 1994 haben Jugendliche am Stadtplatz eine Demonstration für mehr Unterstützung der 'eigentlichen Jugendkultur' abgehalten. 'Jugend will mit uns reden, Jugend ist politisch interessiert.'

Das haben aber vor Monaten die Jugendzentren in ihrem gemeinsamen Antrag auf Einführung eines Jugendgemeinderates auf-

gezeigt. Es haben auch schon Gespräche mit den Vertretern dieser Jugendlichen stattgefunden. Auch Fraktionsgespräche mit einem verbindlichen Termin über Abgabe der Fraktionsmeinung wurden schon durchgeführt. Bei einem dieser Gespräche haben Sie, Herr Bürgermeister, festgestellt, daß die Einführung des Jugendgemeinderates in nächster Zeit möglich wäre. Im September sollen weitere Gespräche stattfinden. Ich glaube, wir dürfen die Jugendlichen nicht länger warten lassen. Es ist höchst an der Zeit, einen Jugendgemeinderat einzuführen.

Daher meine Fragen: Warum haben diese Gespräche noch nicht stattgefunden? Wann können wir realistisch mit der Einführung eines Jugend-GR rechnen?"

Dazu möchte ich folgendes berichten:

Am 11. 4. 1994 fand über meine Einladung eine Besprechung statt, bei der die Idee der Bildung eines Steyrer Jugendgemeinderates diskutiert wurde. Teilnehmer waren u. a. Vertreter von Steyrer Jugendvereinigungen und die Fraktionsvorsitzenden. Besprechungsgrundlage war ein Konzept zur Bildung eines Jugendgemeinderates, verfaßt von der ARGE-Steyrer Jugendzentren. Die schriftlichen Stellungnahmen von ÖVP und GAL ließen zwar ein gewisses Interesse an der Idee erkennen, speziell die FPÖ sah

das Konzept aber als problematisch und unausgewogen an. Diese Auffassungsunterschiede zw. den einzelnen Fraktionen waren auch ausschlaggebend dafür, in dieser Angelegenheit weitere Erhebungen zu pflegen, wollte man sich nicht des Vorwurfes aussetzen, die Angelegenheiten für die Steyrer Jugend lediglich als eine Alibi-Aktion zu sehen.

Es wurde nicht irgendetwas versäumt, es war vielmehr zweckmäßig und notwendig, einen breiten Konsens zu erlangen - sowohl mit den Jugendlichen selbst als auch auf politischer Ebene. Hinderlich war jedoch der Umstand, daß in den Sommermonaten keine Schulforen bzw. Schülervertreter aktiv sind, und eine gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses nicht möglich war.

Die folgende Zeit des Wahlkampfes zur Nationalratswahl erschien auch nicht besonders geeignet; es war also eine große Terminüberlastung bei den Funktionären feststellbar. Es ist in der nächsten Zeit notwendig, das Thema im Sozialausschuß weiter zu erörtern; und ich glaube, daß hier unterschiedl. Auffassungen, die zw. den Fraktionen vorhanden sind, in welcher Form dieses Problem gelöst werden kann, ausdiskutiert werden müssen. Es ist nämlich so, daß die Wahl nach dem Statut der Gemeinde oder nach der GR-Wahlordnung gewaltige Kosten verursachen

würde. Das will man auf der einen Seite auch wieder nicht haben. Auf der anderen Seite gibt es natürl. unterschiedl. Modelle über das Gespräch mit der Jugend - auch in anderen Städten.

Meiner Meinung nach sind diese Problematik und dieser Wunsch der Jugend ernst zu nehmen. Wir müssen uns wirklich im Sozialausschuß weiter mit diesem Problem auseinandersetzen und nach einer Lösung suchen, wie wir diese entspr. Foren schaffen können, die auch die Jugend repräsentieren können, und wo die Meinung der Jugend besser und stärker an den GR herangetragen werden soll.

Derzeit, meine Damen und Herren, befinden wir uns in einem Stadium, wo die Fraktions-Meinungen vorliegen, aber noch nicht in einem Stadium, daß ein Konsens erzielt wird. Ich habe mir gedacht, daß sich der neue Sozialausschuß - unter der Leitung von Frau Vbgm. Mach - schon in der nächsten Sitzung mit diesem Projekt auseinandersetzen soll, und daß wir auch hier versuchen sollen, einen Konsens zu finden, um ein Forum zu gründen, in dem die Jugend entspr. zu Wort kommt.

Was die Demonstration angeht, die Sie, Hr. Koll. Lengauer, angesprochen haben, darf ich Ihnen mitteilen, daß es bereits einen Termin gibt, den Sie kennen und bei dem wir das Gespräch mit der Jugend suchen.

Dann werden wir sehen, in welcher Weise wir auch diesen Vorstellungen und Wünschen entsprechen können.

Soweit meine Antwort auf Ihre Frage, Hr. Koll. Lengauer.

Zu Punkt Nr. 11) "MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS" darf ich Ihnen berichten, daß neue Meldungen des WIFO die wirtschaftl. Aussichten für 1994/95 günstiger darstellen. Man meint, im Jahr 1995 sollte es einen Wirtschaftsanstieg um 3 % geben. Dies wäre sehr wünschenswert!

Wir haben in der Vergangenheit - auch nach Aufforderung der Bundesregierung - versucht, antizyklisch Wirtschaftspolitik zu machen. Es kam zu vielen Investitionen, die unser Budget natürl. sehr belasten. Unsere Gemeinde und viele andere sind in einer Situation, daß ein Sparkurs gesucht werden muß. Wir hoffen, daß die wirtschaftl. Situation auch Gelegenheit gibt und daß sich die Konjunktur so entwickelt, daß wieder eine gew. Erholungsphase - auch für die öffentl. Haushalte - möglich ist.

Zur Arbeitsmarktlage im Bezirk Steyr darf ich mitteilen, daß sich diese Gott sei Dank günstig entwickelt. Wie bereits im Vormonat ging die Arbeitslosenzahl auch im Oktober um 4,5 % zurück, wodurch sich die Arbeitslosenquote neuerlich um 0,4 Prozentpunkte auf 7,6 verbesserte. Leider sind wir damit natürl. noch immer neg. Spitzenreiter bei der Ar-

beitslosigkeit in OÖ. Im Bericht wird jedoch vermerkt, daß es sich in diesem Sektor um eine echte, konjunkturbedingte Verbesserung und nicht nur um Abgänge in die Pension handelt. Abschließend etwas Erfreuliches: In einem Schreiben von Hrn. Landeshauptmann-Stv. Fritz Hochmair und von Hrn. Landeshauptmann-Stv. Dr. Karl Eckmair wird mitgeteilt, daß wir für das Kindergarten-Sanierungsprogramm eine Bedarfszuweisung in Höhe von je 2,5 Mill. S vom Land OÖ bewilligt erhalten haben.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zu Punkt Nr. 12) "KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES". Ich darf Sie bitten, die mit den Unterlagen zugesandten StS-Beschlüsse zur Kenntnis zu nehmen. Bevor wir zur Behandlung von Punkt Nr. 13) "VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE" kommen, möchte ich Ihnen mitteilen, daß mir ein Dringlichkeitsantrag zugegangen ist. Er beschäftigt sich mit der finanziellen Situation in den Gemeinden, mit den Problemen der Finanzierung und mit der Tatsache, daß es in NÖ aufgrund des Druckes der Gemeinden gelungen ist, die Landesumlage abzuschaffen. Es ist hier bereits ein Beschluß gefaßt, und eine etappenweise Abschaffung der Landesumlage soll in NÖ erfolgen. Durch einen Entfall dieser Landesumlage würde in OÖ den

Gemeinden ein Betrag von 750 Mill. Schilling zugute kommen und zur Verbesserung der finanziellen Situation beitragen. Das ist im wesentl. der Inhalt dieser Resolution, der darauf hinzielt, die Landesumlage abzuschaffen.

DRINGLICHKEITSANTRAG

gem. § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse

RESOLUTION BETREFFEND DIE FINANZIELLE SITUATION DER GEMEINDEN

An den
Bürgermeister d. Stadt Steyr
Hermann Leithenmayr
Rathaus, Stadtplatz 27
4400 Steyr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr erlauben sich höflich, gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse für die Sitzung des Gemeinderates am 17. November 1994 nachstehenden

DRINGLICHKEITSANTRAG

einzubringen:

Die finanzielle Situation der Gemeinden wird immer schwieriger. Immer mehr Gemeinden können ihren Haushalt nicht mehr ausgleichen - heuer sind es bereits 113 Gemeinden - oder

bereits begonnene Projekte aufgrund der geänderten Finanzsituation nicht mehr ordnungsgemäß zu Ende führen. Aus diesem Grund ist es notwendig, verstärkt die finanzielle Entlastung der Gemeinden zu fordern.

In Niederösterreich ist es aufgrund des starken Druckes aus den Gemeinden gelungen, die Landesumlage abzuschaffen. Im Niederösterreichischen Landtag wurde die Abschaffung der Landesumlage bereits beschlossen und wird etappenweise erfolgen.

Durch den Entfall der Landesumlage, die in Oberösterreich rund 750 Mio. Schilling beträgt, wäre eine rasche Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden möglich.

Die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr beantragen daher die Beschlußfassung über die nachstehende Resolution in Form der Fassung eines Dringlichkeitsbeschlusses wie folgt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

"RESOLUTION

Aufgrund der finanziellen Situation der Gemeinden im allgemeinen, vor allem aber der Entwicklung der Ausgaben für das Sozial- und Gesundheitswesen, ist eine finanzielle Stärkung der Gemeinden dringend nötig; andernfalls muß mittel-

fristig damit gerechnet werden, daß die gemeindliche Leistungsfähigkeit in den nächsten Jahren zusammenbricht.

Im § 4 Finanzverfassungsgesetz 1948 wird bestimmt, daß darauf Bedacht zu nehmen ist, daß die Grenzen der Leistungsfähigkeit von Gebietskörperschaften nicht überschritten werden.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr ist der Meinung, daß diese Grenzen der Leistungsfähigkeit bereits überschritten wurden. Entsprechend dieser Verfassungsbestimmung wäre deshalb unverzüglich eine wirksame Maßnahme zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit zu setzen.

In diesem Zusammenhang scheint es geboten, alle jene Maßnahmen darzustellen, die letztlich geeignet sind, die Existenz der Gemeinden überhaupt in Frage zu stellen:

1. Der Entfall von Einnahmen resultierend aus:

a) der Kürzung der Bundesabgabenertragsanteile d. Gemeinde in Folge des Beitrittes zur EU

b) dem Entfall der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag, für die die Kommunalsteuer keinen hinreichenden Ausgleich bringt;

c) die laufende Diskussion um Abschaffung von Gemeindesteuern, wie die Getränkesteuer, die Anzeigenabgabe, die Ankündigungsabgabe und die Kommunalsteuer (aufgrund ihrer verteuernenden Wirkung auf den Faktor `Arbeit`).

2. Die laufende **Übertragung neuer Aufgaben** und die **Verschärfung von Gesetzen**, die mit Belastungen für die Gemeinden verbunden sind. Als besonders gravierende Beispiele seien hier angeführt:

- a) die Pestizidverordnung, betreffend die Grenzwerte im Trinkwasser;
- b) die Grenzwerte kommunaler Abwässer;
- c) die generelle Verschärfung des Wasserrechtes;
- d) die laufende Verschärfung abfallrechtlicher Bestimmungen;
- e) die Verminderung der Gruppennzahlen in den Kindergärten und Horten.

All diesen Bestimmungen steht keinerlei finanzieller Ausgleich auf der Einnahmenseite gegenüber.

3. Ein weiteres Problem ist die **permanente Verschlechterung der Gemeindeförderung durch Bund und Land** auf den Gebieten:

- a) Bedarfszuweisungen,
- b) Förderung der Abwasserbeseitigungs- und Trinkwasserversorgungsanlagen,
- c) Kürzung der Schulbaumittel und unzureichende Dotierung der Förderungsmittel für Kindergärten und Horte,
- d) Auflassung der Schulküchen durch das Land.

4. Bestehende und beabsichtigte **Maßnahmen zur Ökologisierung des Steuersystems** werden die Gemeinden vor unlösbare Probleme stellen, wie:

- a) der Altlastenbeitrag,
- b) die beabsichtigte Abwasserabgabe.

Durch den **Entfall der Landesumlage** ist neben einer Beschränkung bei der Erlassung weiterer gemeindefreundlicher Maßnahmen sicherlich eine rasche Verbesserung der finanziellen Situation der Gemeinden möglich. Die Einhebung der Landesumlage erfolgt aufgrund einer Ermächtigung, die keinesfalls als Verpflichtung angesehen werden kann. Bestehende Gemeindeförderungen sind beizubehalten.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr ersucht daher die zuständigen Stellen, die Abschaffung d. Landesumlage zu befürworten bzw. durchzuführen.

Für den Gemeinderat:
Der Bürgermeister

Ergeht durchschriftlich an:
Herrn Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky, 1014 Wien, Ballhausplatz 2
Herrn Bundesminister für Finanzen Dkfm. Ferdinand Lacina, 1010 Wien, Himmelpfortgasse 4, 8 u. 9
Herrn Staatssekretär Dr. Johannes Ditz, 1010 Wien, Himmelpfortgasse 9
Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck, 4020 Linz, Klosterstraße 7

Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Fritz Hochmair, 4020 Linz, Klosterstraße 7
Landtagsklub der ÖVP, 4020 Linz, Klosterstraße 7
Landtagsklub der SPÖ, 4020 Linz, Klosterstraße 7
Landtagsklub der FPÖ, 4020 Linz, Klosterstraße 7
Oberöstr. Gemeindebund, 4020 Linz, Coulinstraße 1
Österr. Städtebund, Landesgruppe OÖ, 4020 Linz, Rathaus"
(BEILAGE)

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gemäß unseres Statutes ist darüber abzustimmen, ob wir diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen. Wer wünscht von den Fraktionen das Wort? Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des GR! Ich spreche nur zur Dringlichkeit - aber es ist ein finanzieller, dringlicher Antrag. Wir haben erst heute - wer auch immer für diesen Antrag verantwortlich ist - davon Kenntnis bekommen. Im ursprünglichen Antrag, der mir um 13.45 Uhr noch vorgelegen ist - und ich habe noch keinen anderen -, ist nur eine Aufzählung von div. traurigen wirtschaftl. Situationen der Stadt Steyr enthalten - wie

schlecht es uns geht! Also etwas bereits Bekanntes, nichts Neues! Es ist auch bekannt, daß in NÖ schon seit längerer Zeit Bestrebungen waren, daß man die Landesumlage für die Gemeinden aufhebt. Wenn man nun eine geordnete Wirtschaftspolitik in der Stadt Steyr machen will, dann muß man das rechtzeitig machen! Mit einem ordentl. Antrag - wohl vorbereitet. Nicht "aus der Hüfte geschossen" und nicht "aus dem Bauch geredet"! Selbstverständlich werden wir diesen korrigierten Antrag mitunterschreiben und mitbestimmen. Alles, was den Finanzen der Stadt Steyr hilft, ist notwendig und dringend notwendig. Aber es soll hier geordnet zugehen; es soll nicht so zugehen wie beim Budget, wo nicht gesprochen wird und einfach eine Vorlage vorgelegt wird, wobei Zeit gewesen wäre für Gespräche. Es wäre auch Zeit zum Gespräch gewesen beim Jugend-GR! Es hat eben im Sept. kein Gespräch gegeben, wo man unterschiedl. Meinungen ausdiskutieren hätte können. Heute wird das vom Hrn. Bgm. so dargestellt, daß die FPÖ-Fraktion das ganze verhindert hätte. Wir haben nur

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nein!

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das war Anschwärzung der FPÖ.
Das muß ich schon deutlich sagen!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir haben nur die Position klargelegt, daß es nicht sein kann, daß eine weitere Belastung, die wir nicht absehen können, auf uns zukommt! Da gehören eben Gespräche geführt; und wenn Gespräche im September versprochen werden, dann kann man nicht Mitte November sagen, jetzt soll sich die neue Sozialausschuß-Vorsitzende damit "herumplagen"!

Was wir verlangen, fordern und wünschen - auch bes. von der neuen Sozial-Stadträtin, Vizebürgermeisterin Friederike Mach: daß hier Ordnung einkehrt! Auch im Sozialbereich!

Es gab eine Sozialausschuß-Sitzung, die nicht mehr stattgefunden hat, weil die Stadträtin abhanden gekommen ist in dieser Stadt - wir haben es nicht gewußt! Da gibt es eine Stadtregierung, die nicht weiß, daß wir nicht mehr komplett sind. Wir mußten es aus den Medien erfahren! Das verstehe ich unter geordnet Handeln und unter geordnet Agieren.

Wir geben diesem Antrag selbstverständlich die Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht der Fall - dann stimmen wir darüber ab, ob diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird. Ich würde vorschlagen, daß wir ihn am Ende der Tagesordnung einer Behandlung zuführen. Wer damit einverstanden ist, den ersuche ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Zu Punkt Nr. 13) "VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE" darf ich den Vorsitz an unsere Frau Vizebürgermeisterin abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte den Hrn. Bürgermeister um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER BGM.

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Im ersten Antrag geht es um eine Förderung für die SKF Österreich AG in der Seitenstettner Straße. In diesem Unternehmen wurden Investitionen in Höhe von 202,4 Mill. S aufgewendet, und es wurde noch nie eine Förderung bezahlt. Der Antrag des StS an den GR lautet:

1) Fin-47/93

SKF Österreich AG; Seitenstettner Straße 15, 4400

Steyr; Gewerbeförderung.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 3. November 1994 wird der Firma SKF Österreich AG, Seitenstättner Str. 15, 4400 Steyr, für die zur Standortabsicherung getätigten Investitionen in der Höhe von ca. 202,4 Mill. S ein jährlicher Zinszuschuß von 200.000,-- Schilling auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung von insgesamt S 1.000.000,--, verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei VASSt 5/7820/756000.9 Mittel in der Höhe von S 200.000,-- für das Rechnungsjahr 1994 freigegeben.

Ich bitte, darüber die Debatte zu eröffnen bzw. abstimmen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu jemand das Wort?
Hr. GR Koll. Brandstötter bitte.

GEMEINDERAT

JOSEF BRANDSTÖTTER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Als Mitarbeiter der SKF Österreich AG - ein Mitarbeiter, der bereits 1/4 Jahrhundert in dieser Firma arbeiten durfte - darf ich sie ein bißchen aus dem Hintergrund beleuchten und Ihnen vielleicht vor Augen führen, daß man zu einer pos. Zustimmung dieses Amtsantrages kommen kann.

Das Wälzlagerwerk war ein ehem. Betrieb der SDP AG und wurde seit 1987 als eigenständige GesmbH. ausgegliedert. Dieser Umstand und die Unzufriedenheit darüber, das Wälzlagerwerk in den letzten Jahren davor lieber abzustoßen, haben daran gearbeitet, und der Zahn der Zeit hat gesagt, die SDP AG trennt sich vom Wälzlagerwerk. Hier wurden viele Gespräche geführt mit potenten Wälzlager-Herstellern aller Welt. Keiner wollte dieses Wälzlagerwerk am Standort Steyr haben. Man sprach von Maßnahmen, das Management betreffend, von Mitarbeiter-Beteiligungen etc. - all dieses wurde letztendlich abgewimmelt, und schließlich konnte doch eine potente Firma gefunden werden, nämlich die SKF mit ihrem Hauptsitz in Schweden. Dieser Verkauf war für viele Mitarbeiter in unserem Werk nicht leicht, hatte man doch die Sorge, daß viele unserer Kolleginnen und Kollegen ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Der Verkauf wurde mit 1. Dezember 1988 durchgeführt. Wir waren einer von 47 Standorten in der ganzen Welt und hatten damals ca. 1.000 Mitarbeiter(innen). Bei diesen Verkaufsgesprächen, wo ich selbst dem Verhandlungskomitee angehörte, wurde erwähnt, daß am Standort Steyr ein Mitarbeiterstand von nur 500 vorgesehen ist. Das hat natürl. bei uns große Unzufriedenheit ausgelöst. Aber der

gute Konjunkturaufschwung im Jahr 1989/90 hat dazu geführt, daß wir unsere Mitarbeiter mit keiner einzigen Kündigung "aufbauen" konnten; und durch die Umstrukturierung war es möglich, 750 Mitarbeiter(innen) zu beschäftigen. Alle anderen wurden über einen gewissen Sozialplan abgebaut.

Die guten Jahre 1989 und 1990 haben es auch ermöglicht, daß SKF am Standort Steyr große Investitionen getätigt hat. Hier sind damals schon 190 Mill. in die Umstrukturierungsphase geflossen. Es wurde eine Typenbereinigung gemacht, es wurden Lager ausgetauscht zw. Schweden, Deutschland und Steyr. Die letzte Rezession und wirtschaftl. Krise hat uns aber genauso "durchgeschüttelt" wie viele andere Betriebe - nicht nur in Steyr, sondern österreichweit, vielmehr auch in ganz Europa und in der ganzen Welt.

Die Maßnahme der Rezession war jene, daß von 47 Standorten, die SKF in der ganzen Welt innehat, 7 Standorte geschlossen werden. Der Standort Steyr stand ebenfalls zur Diskussion - LEBEN ODER NICHT LEBEN! Unser Verhandlungsgeschick und die Qualität der Mitarbeiter waren dafür ausschlaggebend, daß Steyr als Standort erhalten bleiben konnte. Durch die Qualität, die wir in Steyr innehaben - man kann sich das jetzt bildlich vor Augen führen, denn wir konnten ja sehr viele Zertifikate in den letzten

Jahren in Empfang nehmen -, ist es uns gelungen, daß wir vom eingestuften 47. Platz im Jahr 1988 die Besten geworden sind. D. h., der Standort Steyr hat die höchste Qualitätsauszeichnung bekommen - darauf sind wir wirklich stolz! Das erfüllt uns aber auch wieder mit dem nächsten Schritt, daß nämlich Investitionen am Standort Steyr getätigt werden müssen. Mit dem Jahr 1993 wurde eine neue Umstrukturierungsphase eingeleitet - das "Projekt 2000". In diesem "Projekt 2000" haben wir die Möglichkeit, daß wir an unserem Standort größer werden. Und zwar insoferne größer werden, als der Umsatz, den wir erzielen werden, von heuer 620 Mill. im nächsten Jahr schon auf 760 Mill. ansteigen wird. Ich glaube, das ist auch ein Grund, warum wir diesem heutigen Antrag die Zustimmung geben können.

Des weiteren ist auch der Betrieb nicht unbedingt auf dem neuesten Stand der Technik. Schon von der Liegenschaftsseite her muß man Investitionen tätigen; die Werkskanäle sind kaputt - wir haben hier einen Kostenvoranschlag von 30 Mill. S auf dem Tisch liegen, was die Renovierungsarbeiten betrifft. Wir haben aber auch unser Qualitätsprodukt, das jetzt neu ins Haus kommt; wir beziehen derzeit aus dem Raum Italien ein neues Produkt; wir machen einen Austausch zw. Deutschland und Steyr - das bedarf wiederum

einem neuen Produkt; und wir werden auch aus Amerika einen kleinen Teil unserer Produktionsstätte hier nach Steyr verlagern. Das bedingt natürl. auch Investitionen. Es werden neue Maschinen angekauft, wir werden heuer und nächstes Jahr ein Investitionsvolumen von 202 Mill. S haben. Ich glaube, für diese Qualität, die in Steyr praktiziert und produziert wird, ist es notwendig, auch seitens der Stadtgemeinde Steyr einmal eine Subvention zu gewähren - es war, wie Hr. Bgm. Leithenmayr erwähnt hat, noch nie eine Subvention nötig. Aber ich glaube, dieses Mal ist es an der Zeit, auch eine Subvention zu geben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Ich danke Koll. Brandstötter. Hr. StR Eichhübl hat sich als nächster zu Wort gemeldet.

STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:

Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, werte Herren Bgm., meine Damen und Herren des GR! Mir geht es bei meiner Wortmeldung nicht so sehr darum, die Firmengeschichte von SKF zu durchleuchten, die zweifelsohne eine bes. Bedeutung für unsere Stadt, die Region und unsere Wirtschaft hat; sondern ich möchte doch auch wieder die Gelegenheit wahrnehmen, um darauf hinzuweisen, daß wir von

seiten der Freiheitl. GR-Fraktion selbstverständlich Gewerbeförderungen an Großbetriebe unterstützen. Aber ich verweise auf mehrere Vorschläge - nicht nur von mir, sondern von der gesamten Fraktion der FPÖ -, daß wir auch auf die Klein- und Mittelbetriebe nicht vergessen dürfen. Denn auch diese sind ein bedeutender Bestandteil unserer Wirtschaft und damit auch ein Garant für die Sicherung von Arbeitsplätzen.

Daher darf ich wiederholt hier zum Ausdruck bringen und fordern, daß die Mittel für Gewerbeförderungen an Klein- und Mittelbetriebe entspr. angehoben werden; und daß vor allen Dingen von seiten der Stadt Informationen an unsere Gewerbetreibenden ergehen, daß sie solche Mittel beanspruchen können. Hier soll auch darauf hingewiesen werden, unter welchen Voraussetzungen sie diese Mittel beanspruchen können. Das erscheint mir in diesem Zusammenhang besonders wichtig zu sein! Damit bin ich schon am Ende meiner Wortmeldung - ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Hr. GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des GR! Als ehem., langjähriger Mitarbeiter des seinerzeitigen SDP-Kugellagerwerkes - wie es damals noch so schön geheißen hat - freut es mich natürl. heute ganz besonders, mich mit einem derartigen Antrag beschäftigen zu können. Er schafft ja auch - wie dem Amtsbericht zu entnehmen ist - rund 90 neue Arbeitsplätze in Steyr.

In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht auch der Hoffnung Ausdruck verleihen, daß dieser Antrag und diese Gewerbe-förderung auch so seitens des Werkes, seitens der Firma formuliert und vorbereitet wurde, daß ähnliche Probleme, wie wir sie nämlich derzeit haben - auf die Details möchte ich aus aktuellem Anlaß gar nicht eingehen -, erspart bleiben, und wir womöglich nächstes Jahr oder in zwei Jahren vor der Situation stehen, daß Teile dieser Förderung wieder zurückgezahlt werden müssen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
DR. LEOPOLD PFEIL:

SKF Steyr als Nachfolgebetrieb vom Kugellagerwerk SDP AG soll 200.000 S bekommen. Eine rel. bescheidene Summe, gemessen an der Größe des Betriebes, der -

so hoffen wir und so sind wir überzeugt - auf gesunden Beinen steht. Ganz anders verhält es sich aber bei anderen Betrieben in Steyr, wo Politiker landauf und landab gerade jüngst im NR-Wahlkampf plakatieren ließen, wieviele Milliardenbeträge hier in die Region Steyr geflossen sein sollen und geflossen sind. Wo man aber jetzt nach der Wahl hört, daß genau diese Betriebe, die auch am Milliardenkuchen mitgeschnitten haben, wirklich durch bedrohliche Management-Fehler in die Existenzkrise kommen.

Ich spreche hier vom SDP-Konzern - mit seiner Abteilung Steyr-Antriebstechnik. Hier gibt es noch 850 - soweit mir bekannt ist - Mitarbeiter, die in ihrem Bestand direkt gefährdet sind. Die SDP AG leistet sich aber dabei einen General, der von Wien aus die Firma beherrscht bzw. leiten will. Neben seinen vielen anderen Tätigkeiten zieht er aber von dieser Firma 5 Mill. S pro Jahr heraus. Hier ist ein Ungleichgewicht - eine Ungerechtigkeit. Noch dazu kommt, daß der stellvertretende Generaldirektor diesem Konzern abhanden gekommen ist - von Graz aus. Der für Steyr zuständige Direktor hat jetzt diese Aufgabe sozusagen mitübernommen, aber er befindet sich weitestgehend zw. Graz und Wien und ist in Steyr sehr selten gesehen.

Ich möchte hier von dieser Stelle, aus aktuellem Anlaß beim Antrag

für SKF auch auf die Not, auf die Management-Situation im SDP-Konzern hinweisen. Wir müssen uns die Augen öffnen, daß wir diese Dinge nicht so an uns vorbeiziehen lassen, und wir dann in einem Jahr oder in zwei Jahren sagen, das war Steyr-Antriebstechnik. Wir haben zwar eine der modernsten Getriebe-fabriken, aber wir können die Getriebe nirgends einbauen. Die Traktoren sind uns abhanden gekommen, wir haben keinen Partner gefunden, und auf dem Weltmarkt sind wir an diesem Standort mit diesem Produkt zu teuer.

Zum SKF-Antrag selbst: Mit Handkuß gerne. Der Betrieb hat sich diese Förderung in Höhe von 200.000 S verdient.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. StR Tatzreiter ist der nächste am Wort.

STADTRAT
LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des GR! Ich möchte dazu etwas sagen, weil Hr. Vbgm. Dr. Pfeil gerade die Schwierigkeiten bei SDP und die Förderung für SKF - wo seiner Meinung nach der Betrag eher gering angesetzt ist - angesprochen hat. Es ist richtig, daß SDP mehrmals Förderungen in einer nicht sehr unwesentlichen Höhe bekommen hat. Ich meine dabei auch den heutigen Bür-

germeister, und ich bin ihm - ich glaube, wir alle - noch immer sehr dankbar, daß er damals die Förderungen mitunterstützt hat, sodaß die damalige Situation einigermaßen abgeschwächt werden konnte.

Ich darf jedoch darauf verweisen, daß wir nicht so leichtfertig einem Generalbezug zugestimmt haben. Wir waren immer der Auffassung, daß diese Beträge nicht zielführend sind. Ich vermerke auch, daß sich natürl. nicht der General sein Einkommen mit der SDP aushandelt, sondern mit der CA, also dem Eigentümer. Ich möchte nur in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, weil wir manchmal Schwierigkeiten haben beim Verständnis. Wer auch immer im Aufsichtsrat sitzt, dort dafür zuständig ist, wer General wird oder wer im Vorstand nachnominiert wird - das macht ausschließlich die Kapitalvertreterseite. Da können wir als Betriebsräte oder als Belegschaftsvertretung diskutieren wie wir wollen, das wird einfach beschlossen. So ist das - soviel zum ersten.

Zum zweiten möchte ich sagen, daß es stimmt, daß wir derzeit große Probleme haben. Ich möchte das gar nicht verhehlen - nur damit wir die Dinge auch ein bißchen in die Ordnung bringen. Wir haben natürl. einen riesigen Streit und Krach mit dem Vorstand, mit der Geschäftsführung - ununterbrochen. Der Weg ist

spärlich und erschwerend, daß wir einiges abwenden können. Ich glaube noch immer nicht daran, daß es uns gelingen wird. Denn die Situation löst überwiegend der Markt aus. Natürl. gibt es viele Fehlentscheidungen, und das Produkt ist möglicherweise auch eine Fehlentscheidung gewesen seinerzeit. Nur hatten wir nicht viele Chancen. Ich glaube aber, daß man es nicht einfach so über den "Leistenscheren darf". Denn gerade heute konnten wir wieder feststellen, daß sich eine große Delegation ausschließlich auf das Produkt konzentriert und dafür interessiert hat. Ich hoffe, daß sich durch diese Gespräche - ich darf das jetzt wirklich im Volksmund zum Ausdruck bringen - "Gott und die Welt die Türschnalle in die Hand geben"; so wie seinerzeit in Graz. Wir erinnern uns noch an die fürchterlichen Situationen in Graz. Wenn es uns einigermaßen gelingt, dann hoffe ich, daß wir hier wieder herauskommen. Derzeit haben wir einen katastrophalen Zustand - ich sage es noch einmal -, und wir wissen nicht, wie wir das schaffen werden. Für uns als Belegschaftsvertretung bedeutet es eine ununterbrochene Anspannung, und die Belegschaft ist frustriert genug. Ich weiß auch um die Situation des gesamten Standortes!

Ich würde Sie diesbezüglich auch bitten, uns jede Unterstützung angedeihen zu lassen, um den

Standort nicht weiter zu gefährden. Ich meine, wir sollten alles dazu beitragen, daß der Standort erhalten bleibt! Er hat nämlich auch nationale Bedeutung: bei SDP steht vorne immer der Name STEYR, auch in Graz und in Wien!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. StR Spanring bitte.

STADTRAT ING.

DIETMAR SPANRING:

Es soll jetzt keine SDP AG-Diskussion herauskommen, die hatten wir ohnehin schon lange genug. Ich denke aber trotz allem, daß die Problematik dieses Unternehmens nicht dazu angetan ist, in Theatern und ähnlichen Gegebenheiten als Berichtsgegenstand dargestellt zu werden; sondern ich denke - und der Aufruf von Koll. Tatzreiter ist schon richtig -, daß wir nur gemeinsam mit intensiver, innerer und offener Arbeit dem entgegengetreten können. Die Situation im Werk, finde ich, ist wirklich viel, viel zu ernst, um jetzt einfach nur einen pol. Zirkus daraus zu machen!

Die Gegebenheiten mit dem Generaldirektor: da kann ich Ihnen schon recht geben. Ich denke aber, daß die Situation als solche bzw. der ganze Umstand auch intern im Werk durchgehandelt werden muß. Ich scheue mich nicht, dies zu tun - das läßt sich auch belegen. Er ist nicht un-

bedingt mein Freund, und ich bekomme das auch laufend vorgeworfen. Die Auseinandersetzung wird es geben, um den Standort - wirklich den Standort Steyr! - als solchen wieder zu STEYR zu machen und für Steyr zu erhalten.

Ich kann alle aufrufen, mitzuwirken und mitzuarbeiten - soweit es in Ihren Gremien und Gegebenheiten möglich ist -, daß wir dieses Unternehmen, diesen Begriff Steyr wieder dorthin bekommen.

Politische Auseinandersetzungen haben dort drinnen meiner Meinung und meiner Überzeugung nach überhaupt nichts verloren; sondern nur offenes, ehrliches und gemeinsames Werken!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. StR Schloßgangl bitte.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER
VERLÄSST UM 15.35 UHR DIE
SITZUNG.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Hohes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, liebe Gäste! Förderungen sind immer etwas problematisch. Es wäre mir - und ich glaube, der gesamten Wirtschaft - viel lieber, wenn wir durch steuerliche Maßnahmen, durch steuerliche Entlastung die Möglichkeit bekämen, steuerfreie Rücklagen zu bilden, um die notwendigen In-

vestitionen für die zukünftige Ausrichtung auf den EU-Markt von sich aus und frei finanzieren zu können. Es muß unser Bestreben sein, bei unseren und uns nahestehenden Politikern im Parlament, in der Regierung darauf zu drängen, daß bei der nächsten Steuerreform diese Merkmale und diese wichtigen Punkte auch berücksichtigt werden.

Wenn ich mir die Situation der Förderungen (wirtschaftspolit. Maßnahmen) in Steyr ansehe - wir müssen ja den ao. H. erst verhandeln -, so haben wir natürl. rel. geringe Ansätze. Wir haben in etwa 3 Mill. zur Verfügung und dann noch ein Sonderförderungs-Programm für Steyrdorf, das wir schon länger beschlossen haben und welches wir natürl. fortführen wollen und müssen.

Ich glaube, es ist ganz bes. wichtig, daß wir die Klein- und Mittelbetriebe stärken, denn sie sind zur Zeit und aufgrund der hohen Steuerlast nicht in der Lage, diese Gewinne zu erwirtschaften, um die notwendigen Investitionen tätigen zu können. Zu SKF möchte ich sagen, daß wir natürlich auch für die Förderung sind. An und für sich ist es ein 1%iger Zinszuschuß - normalerweise würde man mit zwei rechnen; aber in Anbetracht der angespannten finanziellen Situation der Stadt müssen wir uns damit zufrieden geben. Ich glaube, auch diese 1 Million Schilling

ist für 76 Mill. S an Investitionen - insges. sind es ja 202 Mill. - ein doch beträchtl. Zuschuß, der verteilt auf fünf Jahre ausbezahlt wird. Fünf Jahre lang 200.000 S ergibt eine Million.

Ich glaube, ganz wesentl. ist es aber auch noch, daß wir unsere Nahversorger nicht vergessen und hier einen bes. Akzent setzen. Denn wie Sie alle wissen, schreitet durch den Strukturwandel das Sterben der kleinen Nahversorgungsbetriebe immer weiter fort. Es müssen aber auch alle, die dafür plädieren, selber bereit sein, dort einzukaufen. Dann können wir ihnen neben den Subventionen auch tatkräftig helfen, daß sie noch weiter bestehen können.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Die sind aber leider in vielen Stadtteilen nicht mehr da!

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Es sind schon viele weg, aber es mag vielleicht wieder ein Ansporn sein. Immer wieder finden sich welche, die sich auch in neuen Stadtteilen bereit erklären, dort eine Nahversorgungs-Stelle zu errichten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Hr. GR Spöck hat sich als nächster zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Hohes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Nur ganz kurz sei auch mir als Vertreter des ÖAAB gestattet, ein paar Worte zu sagen.

Auch ich nehme die Situation in den Steyr-Werken sehr ernst - wie wir es von meinen Vorrednern gehört haben. Wenn es notwendig sein wird - zur Standort-Unterstützung -, werden wir sicherlich auch hier Hilfe geben müssen.

Hrn. Dr. Pfeil möchte ich aber auch recht geben: der Betrieb der SDP AG hat sich leider verkleinert. Nicht verkleinert hat sich - so kommt es mir als Außenstehender vor - die Gage von einem Hrn. Generaldirektor Dr. Streicher.

Zur Gewerbeförderung pflichte ich meinem Vorredner, Koll. Schloßgangl, bei. Investitionen von 202 Mill. S, zusätzl. 90 Arbeitsplätze - diese Förderung ist sicherlich gerechtfertigt. Es könnte u. U. noch mehr sein; aber ich verweise ebenso auf die budgetäre Situation der Stadt Steyr mit einem Schuldenberg von fast 1 Milliarde Schilling.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall, dann bitte ich um das Schlußwort des Bürgermeisters.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR! Wirtschaftsförderung ist eigentl. keine Aufgabe der Gemeinden, sondern des Bundes und der Länder! Wir haben aber in der Vergangenheit in so vielen Fällen gewaltige Beträge mobilisiert; und zwar nicht nur für große Betriebe, sondern auch für die kleinen, für die mittleren und für die Nahversorger. Ich glaube, man kann sagen, daß die Stadt in den letzten 10 Jahren fast 150 Mill. S aufgewendet hat, um Wirtschaftsförderung zu betreiben. Alleine bei BMW waren es über 100 Millionen. Man sollte das nicht vergessen! Weiters 20 Mill. für SNF und natürl. für viele andere Betriebe - auch in der entspr. Form und Weise. Daß diese Vorgangsweise unser Budget gewaltig belastet, ist keine Frage, es muß in dem Zusammenhang nur einmal festgestellt werden. Denn das ist hier natürl. darauf zurückzuführen, weil wir eben eine schwierige Umstrukturierungsphase in dieser Region, in dieser Stadt bei den großen Industriebetrieben zum Teil hinter uns gebracht haben. Es ist eigentl. erfreulich, daß sich gerade der Betrieb, von dem wir jetzt reden (es geht ja um SKF und nicht um irgendwelche anderen Dinge), bereits erholt hat - allerdings unter einer anderen Flagge -, daß hier wieder Beschäftigung stattfindet, daß wieder Menschen eingestellt werden, und daß dort auch - zwar klein, aber doch - schwarze

Zahlen geschrieben werden! Das ist es doch eigentl., worauf es ankommt.

Es gibt immer die Diskussion über die "Kleinen" in der Wirtschaft und die "Großen". Ich glaube, wir müssen die Wirtschaft als einen Gesamtkomplex sehen. Es ist notwendig, festzustellen, daß die Kleinen ohne die Großen nicht "können", und die Großen brauchen auch die Kleinen (den Handel, das Gewerbe, die Dienstleistungsbereiche). Die Großen bringen natürl. Kaufkraft in die Region.

Wenn wir von Steuerpolitik reden, dann muß ich sagen, Hr. Koll. Schloßgangl, daß es ja die Steuerpolitik ist, die uns gegenwärtig so große Probleme beim Budget bereitet; nämlich die Abschaffung der Gewerbesteuer, die durch das Kommunalsteueraufkommen nicht ausgeglichen werden kann. Die Herren von BMW haben uns gesagt, jetzt werdet ihr als Gemeinde alle Jahre an die 70 Mill. S Gewerbesteuer bekommen. Das war damals fast die Hälfte unseres Gewerbesteueraufkommens, als wir diese Nachzahlung bekommen haben. Aber leider kommt durch die Steuerreform der Wegfall der Gewerbesteuer, der Einnahmen-Reduzierungen für die Stadt nach sich zieht!

Wir sehen hier die Zusammenhänge. Ich glaube, daß wir Wirtschaftsförderung ausgewogen betreiben müssen. Es ist allerdings so, daß es nicht zur Bi-

lanzverbesserung dienen soll, sondern wirklich zur Standortsicherung oder zur Ausweitung bzw. zur Erweiterung von Betrieben und vor allen Dingen zur Betriebsgründung. Wir können es ohnehin nur im Rahmen unserer Möglichkeiten betreiben.

Ich bitte, nunmehr die Abstimmung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke für das Schlußwort, wir kommen zur Abstimmung. Es geht um die Wirtschaftsförderung für SKF und nicht um die Steyr-Werke. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Auch nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Entsendung von Vertretern in die Bezirksgrundverkehrskommission - ein Mitglied und ein Ersatzmitglied sollen bestellt werden.

Aufgrund des Landesgesetzes v. 7. Juli 1994 wurde das Oö. Grundverkehrsgesetz geändert - es wird bereits auf EU-Bestimmungen Bedacht genommen, und diese Grundverkehrskommission soll in einer anderen Zusammensetzung gebildet werden.

Für uns als Stadt wird sich nicht sehr viel ändern, und wir wollen daher - wie schon bisher - die Entsendung vornehmen. Es ergeht der Antrag des StS an den GR:

2) Agrar-126/94

Erlaß

Bezirksgrundverkehrskommission Steyr; Bestellung eines Mitgliedes und eines Ersatzmitgliedes.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Präsidualangelegenheiten und Präsidualrecht vom 31. Oktober 1994 wird Herr OMR Dr. Gerald Schmoll als Mitglied und Herr OMR Mag. Andreas Pöchhacker, beide Magistratsbeamte, als Ersatzmitglied in die Bezirksgrundverkehrskommission Steyr aufgrund der Bestimmung des § 26, Abs. 1 (5), Oö. GVG 1994 für die Funktionsperiode bis 31. 11. 2000 bestellt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Keine Wortmeldung, also kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Danke. Nächster Punkt bitte.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Änderung der Kostenbeitragsregelung der Aktion "Essen auf Rädern". Hier ist durch die Einführung der Pflegegeldversicherung ein Zugriff auf diese Möglichkeit vorgesehen. Eine Maßnahme, die in den Städten Linz, Wels und Steyr in gleicher Weise durchgeführt wurde.

Es geht darum, daß bei der Einkommensberechnung der Bezug einer allfälligen pflegebezogenen Geldleistung zu berücksichtigen ist. Ich darf Sie bitten, hierüber zu debattieren bzw. die Abstimmung vorzunehmen.

3) F-395/73

Änderung der Kostenbeitragsregelung der Aktion "Essen auf Rädern".

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 19. 10. 1994 wird im Zusammenhang mit der Durchführung der Aktion "Essen auf Rädern" die mit Beschluß des GR der Stadt Steyr vom 26. 11. 1987 beschlossene Kostenbeitragsregelung wie folgt geändert bzw. ergänzt:

"Bei der Einkommensberechnung ist der Bezug einer allfälligen pflegebezogenen Geldleistung zu berücksichtigen."

Dieser Beschluß tritt mit Wirkung vom 01. 01. 1995 in Kraft.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wünscht dazu jemand das Wort? Nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich übernehme den Vorsitz und ersuche Hrn. Vbgm. Dr. Pfeil, seine Anträge vorzutragen.

BERICHTERSTATTER VBGM.

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren, im ersten Antrag geht es um die Regelung der Eintrittspreise für die Weihnachtsausstellung 1994.

4) K-6038/90

Weihnachtsausstellung '94;
Festsetzung d. Eintrittspreise.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 6. 10. 1994 werden die Eintrittspreise für die Weihnachts-Sonderausstellung 1994, welche in der Zeit vom 26. 11. 1994 bis 6. 1. 1995 stattfindet, wie folgt festgelegt:

Erwachsene: S 25,--

Gruppen ab 15 Personen: S 15.—
Kinder, Schüler, Studenten,
Lehrlinge, Arbeitslose, Präsenzdiener und Stadtführungen: frei

Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung und möchte noch eine Anmerkung machen: Im Rahmen einer Sitzung des StS habe ich angeregt, daß dieser GR-Antrag dann nur mehr einmal zur Diskussion und zur Abstimmung kommt. Es ist kein so wesentl. Antrag, daß sich das hohe Gremium des GR jetzt zum vierten Mal in dieser Legislaturperiode mit 25 S-Eintrittspreisen beschäftigen muß.

Wir werden noch einmal einen generellen Beschluß fassen, und bei einer Änderung dieses Beschlusses werden wir uns dann wieder zusammensitzen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung, meine Damen und Herren? Nicht der Fall, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Ist jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall, somit ist der Antrag einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Im zweiten Antrag geht es um die Schloßgalerie Steyr. Laut Mietvertrag zwischen den Österr. Bundesforsten und der Stadtgemeinde Steyr für obgenanntes Objekt ist die Stadtverwaltung für die Instandhaltung des gesamten Gebäudes zuständig.

Nun sind die Fassadenrenovierung an der Südseite (beim Haupteingang) und die Reparatur des Dachstuhles an der Südwestecke dringend notwendig.

Nach sachlicher und rechnerischer Prüfung kommt für die Fassadensanierung die Fa. Huber (ein Auftrag in Höhe von brutto S 32.400.—) und für die Dachstuhlreparatur die Fa. Weidinger (brutto S 26.040.—) zum Zuge. Sicherheitsbeleuchtung: Firma Kammerhofer; und diverse kleinere Arbeiten werden anfallen.

Der GR muß sich deswegen mit diesem rel. kleinen Antrag beschäftigen, weil es sich um eine Kreditübertragung aus der VAST "Sanierung Hallenbad" handelt. Auch hier wurden im Budget keine Mittel für notwendige Reparaturarbeiten vorgesehen, deswegen hat nun der GR darüber zu beraten und abzustimmen.

5) K-2584/84

Schloßgalerie Steyr; Adaptierungsmaßnahmen an d. Fassade bzw. Dachschicht; Vorschreibungen von Behörden.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Hochbau vom 24. Oktober 1994 wird der Vergabe von Arbeiten für die Schloßgalerie wie folgt zugestimmt:

A) Fassadensanierung: Fa. Huber, Steyr - brutto S 32.400.—

B) Dachstuhlreparatur: Fa. Weidinger, Steyr - brutto S 26.040.—

Sicherheitsbeleuchtung: Fa. Kam-

merhofer, Steyr - br. S 60.000.—
Diverse kleinere Arbeiten: brutto
S 25.000.—

Weiters wird um die Bewilligung
einer Kreditübertragung in Höhe
von S 144.000.— bei VAS 5/
8330/010140.4 Hallenbad-Sa-
nierung auf VAS 5/3600/010
290.8 ersucht.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es dazu eine Wortmeldung?
Frau Kollegin Scheucher bitte.

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Sehr geehrte Damen und Herren!
Wir von der GAL werden diesem
Antrag auf Adaptierung und
Verbesserung der Schloßgalerie
zustimmen. Ich möchte aber
sagen, daß wir schon ganz gerne
wüßten, ob irgendjemand weiß,
was in dieser Schloßgalerie im
nächsten Jahr ausgestellt werden
sollte.

Es hat sich ergeben, daß mög-
licherweise eine Ausstellung ge-
plant ist, von der keiner weiß,
wer sie veranstaltet, ob sie
überhaupt veranstaltet wird und
wer der Auftraggeber ist. Ei-
gentlich wüßten wir gerne, ob
sich die Situation mittlerweile
geklärt hat bzw. ob man jetzt
schon sagen kann, was im
nächsten Jahr in dieser Schloß-
galerie, die so schön hergerichtet
wird, geplant ist. Wir wüßten
auch gerne, wer diese Veran-
staltungen dann durchführen
wird! Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere
Wortmeldung? Da dies nicht
mehr der Fall ist, ersuche ich
Koll. Dr. Pfeil um sein Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann werde ich diese Frage -
zumind. soweit es mir möglich ist
- in meinem Schlußwort be-
antworten.

Das war eine Diskussion im
letzten Kulturausschuß, wo auch
ich gefragt habe: "Wer hat wann
den Auftrag für eine best. Aus-
stellung '50 Jahre 2. Republik'
gegeben?" Ich habe es in den
Zeitungen gelesen - auch im
Amtsblatt wurde ein Aufruf ge-
macht, daß sich die Steyrer
Bevölkerung oder Zeitzeugen
beim Magistrat mit div. Un-
terlagen aus dieser Zeit melden
sollen.

Nach Anfrage beim Kulturamts-
leiter wurde mir gesagt, daß dies
von Hrn. Mag. Schuster ausgehe,
und zwar im Auftrag des Hrn.
Bgm. Ich kann nur sagen, was
auch mir gesagt wurde.

Daraufhin konnte man im Kul-
turausschuß auch nicht klären,
wer für diese Veranstaltung
verantwortlich zeichnet. Ent-
weder ein Mitveranstalter "HBLA
Steyr" oder das "Kulturamt
Steyr". Bekannterweise war der
Termin im Juli 1995 - gerade zu
der Zeit, wo wir die höchstbe-
liebte, bekannte und höchster-

folgreiche "Sommerakademie" just an diesem Platz in der Schloßgalerie durchführen wollen und werden. Ich habe lediglich die Weisung erteilt, daß an der Sommerakademie - weil die Vorbereitungen schon laufen - natürl. nicht zu "rütteln" sei.

In diesem Zusammenhang werde ich kein Geheimnis verraten: ich habe natürl. nach dem Kulturausschuß sofort Verbindung mit der betreffenden Schule aufgenommen. Am Mittwoch habe ich dort um 14 Uhr ein Gespräch - wer aus dem Kulturausschuß daran teilnehmen möchte. Ich will mich auf jeden Fall dort einmal vom Stand der Dinge überzeugen. Dann werden wir bei der Stadt schauen, wer hier Auftraggeber war.

Am Kulturreferenten bzw. am Kulturausschuß ist das vorbeigegangen!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich kann dazu nur sagen, daß ich darüber nicht näher informiert bin. Ich habe einmal gehört, daß man überlegen sollte, vielleicht eine solche Ausstellung zu machen. Selbstverständlich gehe ich davon aus, daß sich der Kulturausschuß damit beschäftigt. Das ist doch keine Situation, wo der Bürgermeister den Auftrag gibt, eine bestimmte Ausstellung zu machen.

Meiner Meinung nach sollte sich hier schon das entsprechende Gremium damit beschäftigen.

Dort sollten auch die Entscheidungen vorbereitet werden!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Jawohl, Hr. Bürgermeister! Nun sei mir noch ein Nachsatz erlaubt. Dieser Meinung bin ich auch, nur das "Vertrackte" in dieser Stadt ist, daß der Kulturausschußvorsitzende ein anderer ist. Ich habe schon oft gefordert, daß man die Programme, die Ausstellungen natürl. dort vorbereitet. Eine Vorberatung natürl. auch im Kulturbeirat, aber dann gehört selbstverständlich ein Jahresprogramm auf die Tagesordnung. Darüber haben wir letztes Mal wieder diskutiert - es war nicht oben. Die Tagesordnung für den Ausschuß macht leider ein anderer - aus Ihrer "Couleur". So ist das!

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Aber der Beamte ist überall derselbe?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das paßt doch überhaupt nicht zu diesem Tagesordnungspunkt!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, aber ich wurde gefragt! So gebe ich ehrlich meine Antwort.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Vielleicht könnten wir darüber bei einem anderen Punkt einmal diskutieren. Aber wir wissen, daß natürl. der Kulturreferent nur den Wunsch äußern muß, wenn er auf der Tagesordnung einen bestimmten Punkt haben will. Dann wird dieser wahrscheinlich auch hinaufgegeben. Aber Ihr müßt diese Dinge und diese Vorstellungen, die vielleicht unterschiedlicher Natur vorhanden sind, eben miteinander bereden. Aber der Ausschuß-Vorsitzende ist Hr. Mag. Philipps, er beruft die Sitzung ein, und er macht auch die Tagesordnung; aufgrund von Vorschlägen, die vom Kulturamt anstehen, und natürl. auch aufgrund der Vorstellungen, die von den Mitgliedern des Kulturausschusses herangetragen werden. So stelle ich mir das vor. Ich weiß, Du kannst jetzt nicht mehr reden, weil das Schlußwort zum falschen Thema gehalten wurde! Herr Dr. Pfeil hat das "mißbraucht"!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Hr. Bgm., ich habe eine Anfrage beantwortet! Wer hat hier etwas mißbraucht? Das möchte ich schon zurückweisen!

Ich habe nichts mißbraucht! Absolut nichts!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag "Reparatur Schloßgalerie". Wer für den An-

trag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht der Fall. Einstimmig.

Ich danke Hrn. Dr. Pfeil. Nächster Berichterstatte ist Hr. StR Eichhübl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT
ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Der erste Antrag, den ich Ihnen zur Beschlußfassung vorzulegen habe, beinhaltet die künftige Einhebung eines Entsorgungskostenbeitrages für Kränze und Blumenbeigaben im Falle einer Kremationsbestattung.

Ich möchte nur darauf hinweisen, daß diese Entsorgungskosten bisher vom Betrieb der Stadtwerke getragen wurden, aber die ständig steigenden Tarife für Entsorgungen haben dazu beigetragen, daß nicht nur ich als Referent, sondern auch die Stadtwerke-Direktion sowie die Mitglieder des Ausschusses sich Gedanken darüber machen mußten, diese Kosten gerecht an den Auftraggeber abzuwälzen.

Wir sind ursprüngl. davon ausgegangen, eine Einzeltarifisierung einzuführen, wobei wir aber dann im Ausschuß einhellig der Meinung waren, daß diese eher unsozial und ungerecht ist. Daher sind wir auf einen Pauschalbetrag gekommen, der 500 Schilling ausmachen soll. Im übrigen soll

auch diese Gebühr von S 500.— nach dem Verbraucherpreisindex 1986 wertgesichert sein.

Meine Damen und Herren des GR, der Antrag des StS lautet daher:

6) Stadtw-73/94

Krematorium Steyr; Entsorgungskosten für Kränze und Blumenbeigaben.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 18. 10. 1994 wird der Einhebung eines Entsorgungsbeitrages für die Entsorgung der Kranz- und Blumen Spenden bei Kremationsbestattungen als Pauschalbetrag von S 500.— (hier darf ich Sie bitten einzufügen: "excl. einer allfälligen USt", weil sich die Experten zur Zeit noch nicht darüber einig sind, ob eine USt zu erwarten ist oder nicht) je Bestattungsfall mit Wirksamkeit 01. 01. 1995 zugestimmt.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, über meinen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Auch hier, Hr. Bgm., meine Damen und Herren, ein Problem, das ansteht. Wir haben in der

Stadt Steyr eine städt. Bestattung, und niemand weiß genau, wo sie nun hinkommen soll. Hier sind Raumprobleme in Beratung, wo dann wahrscheinlich auch eine sehr teure Beschlußfassung kommt. D. h. eine Beschlußfassung, wo wir auch nur mehr zuschauen können.

Ich möchte verhindern, daß wir wieder irgendetwas um sehr viel Geld anmieten. Ich erinnere an die Bank nebenan - um sehr viel Geld! Wir haben ungenützte Ressourcen im eigenen Bereich - insbes. für die städt. Bestattung. Ich ersuche den GR, den Hrn. Bgm., den Hrn. Magistrats-Direktor, nicht wieder irgendetwas extern anzumieten, wenn die Bestattung ausgelagert wird oder neu irgendwo hineinkommt. Wir sollten hier ein städt. Büro stadtnah, citynah adaptieren für diesen Zweck. Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Also ich bin auch dagegen. Ich bin ja nicht im Kommunal-ausschuß, aber ich bin dagegen, daß schon wieder Räumlichkeiten angemietet werden. Wir haben eigentl. das Problem schon mehrfach besprochen; und zwar dahingehend, daß die Bestattung in unser neues Kommunalzentrum kommen soll, weil dort nämlich Parkplätze vorhanden sind, weil Raumangebot vorhanden ist, weil es uns gehört und weil wir adaptiert haben. Da

werden wir uns doch nicht irgendwo anders einmieten! Ich sehe hier die Zweckmäßigkeit überhaupt nicht, uns an einem anderen Platz einzumieten.

Was das Interesse der Menschen anbelangt, zu sehen, wer gestorben ist und ähnliche Dinge, die immer wieder festgestellt werden, da kann und darf es doch kein Problem sein, mittels einiger Schaukästen in den viel begangenen Bereichen der Stadt auch den Menschen näher zu bringen, welches Geschehen sich bei der Bestattung abspielt. Liegt noch eine Wortmeldung vor? Nicht der Fall, dann bitte ich um das Schlußwort des Referenten.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Hr. Bgm., ich erlaube mir auch, einige Anmerkungen zu machen - in Zusammenhang mit der jetzt zitierten Veränderung des Standortes im Bereiche der Bestattung. Und zwar darf ich nur die GR-Mitglieder darüber informieren, daß sich der Ausschuß f. kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen erst vor einigen Tagen mit diesem Thema beschäftigt hat, und dort unterschiedl. Standpunkte erörtert wurden. So wie überall gibt es eben auch unterschiedl. Auffassungen über den Standort eines Bestattungsbüros. Das ist ganz legitim, denn jeder kann das von einer anderen Seite sehen.

Natürl. ist es auch kein Willkür-Akt, wenn jemand meint, daß dort auf dem Tabor der Standort für ein Bestattungsbüro nicht unbedingt geeignet ist. Aber es wird ja im StS noch Gelegenheit geben - weil von seiten der Direktion der Stadtwerke ein Antrag formuliert werden wird -, darüber zu diskutieren und zu einer Einigung zu kommen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wir kommen aber jetzt zur Abstimmung über den Antrag "Entsorgungskosten-Beiträge". Wer für diesen Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Beim Kremationsofen des städt. Unternehmens ist eine Reparatur erforderlich. Eine vorhersehbare Reparatur, weil eben dort nur eine gew. Anzahl von Veraschungen durchgeführt werden kann, und dann die Chamottierung erneuert werden muß. Es geht also darum, daß eine Ofenausmauerung im Kremationsofen durchgeführt und gleichzeitig auch eine Heizspirale erneuert werden soll, um Folge Reparaturen zu vermeiden. Der Antrag des StS lautet:

7) Stadtw-74/94

Kremationsofen; Erneuerung der Unterofen-Ausmauerung einschl. Tausch der Heizspiralen.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Dir. der Stadtwerke v. 19. 10. '94 wird der Erneuerung der Unterofenausmauerung im Kremationsofen Steyr durch die Fa. ABB Industrie AG, Baden, Schweiz, gemäß Anbot v. 29. 8. '94 zum Gesamtpreis von rd. S 1,030.000,-- zugestimmt.

Die benötigten Mittel werden aus der laufenden Gebarung des Teilbetriebes Krematorium und Leichenhalle erbracht.

Hr. Bgm., ich darf Sie bitten, die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Ich sehe keine Wortmeldung, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Koll. Eichhübl und bitte den nächsten Berichtstatter, StR Ing. Schloßgangl, zum Rednerpult.

BERICHTERSTATTER STR. ING.
OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wertes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Bei meinem Antrag geht es um den Beleuchtungs-Neubau im Stadtteil Christkindl. Die Bauarbeiten sind weiter fortgeschritten als ursprüngl. geplant, daher ist es notwendig, noch 400.000 S freizugeben.

8) Bau3-27/93

Beleuchtungs-Neubau im Stadtteil Christkindl im Zuge d. Kanal- und Straßenbaues.

Der GR möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau v. 5. Oktober 1994 wird der Mittelfreigabe für den Beleuchtungs-Neubau im Stadtteil Christkindl im Zuge des Kanal- und Straßenbaues in Höhe von S 400.000,-- bei VASSt 5/81 60/050000.2 als Kreditübertragung von VASSt 5/6400/771 000.2 (Kapitaltransferzahlung an Länder) zugestimmt.

Ich bitte hier auch um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wird dazu das Wort gewünscht? Hr. GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR! Im März dieses Jahres waren wir in Christkindl bei einem Stadtteilgespräch und konnten uns

dort die Wünsche der Bevölkerung anhören. Ich habe auch einen Wunsch heute.

Wir wissen alle, daß es noch Beleuchtungskörper in unserer Stadt gibt, die eben - wir haben das heute auch schon gehört - in der Notzeit nach dem Krieg errichtet wurden und heute nicht mehr so ins Bild der Stadt passen. Ich denke an diese geteerten Holzmasten; z. B. oben auf dem Wieserfeldplatz in Steyrdorf. Wir haben jetzt begonnen, Steyrdorf wieder schön zu gestalten. Dazu gehört, glaube ich, auch eine angepaßte Beleuchtung.

Ich würde mir wünschen, daß wir einmal ein Stadtteilgespräch durchführen. Ich habe ja im Amtsblatt gelesen, daß in einer Woche ein Stadtteilgespräch im Wehrgraben durchgeführt wird. Es würde jetzt die Zeit passen über den Winter, vielleicht auch einmal in Steyrdorf ein Stadtteilgespräch durchzuführen und auch im Resthof. Es gibt auch dort Wünsche der Bevölkerung; z. B. nach einer Apotheke. Dort können uns dann die Bürger ihre Wünsche kundtun.

Allgemein muß ich sagen, freut es mich sehr, wie diese Beleuchtung funktioniert - in der Vergangenheit -, also wie diese Beleuchtung durchgeführt worden ist. Es gefällt den Bürgern, und ich glaube, es ist wichtig, daß wir uns einmal ein gesamtes Erscheinungsbild schaffen und diese alten Sachen ein bißchen

ausmerzen - diese geteerten Holzmasten. Danke schön.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Nicht der Fall.

Wünscht der Berichterstatter ein Schlußwort? Bitte sehr.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich wollte zu Christkindl noch eine kurze Anmerkung machen. Es wurde mehrfach der Wunsch geäußert, den äußeren Christkindlweg zu beleuchten. Da gibt es ungefähr vom Waldbeginn bis herein zur jetzigen Stichstraße der Styria keine Beleuchtung. Es ist nicht ganz einfach, man müßte die Verkabelung unterirdisch verlegen, was natürl. beträchtliche Kosten verursacht, die zur Zeit nicht vorhanden sind. Wahrscheinlich können wir im nächsten Jahr einen Teil machen. Ich habe daher veranlaßt, daß wir einmal 3 Leuchten aufstellen - vom Waldbeginn, also von Christkindl herein -, die in Form der bestehenden und vorhandenen Holzmaste gemacht werden. Es sind auch die dort draußen aus Holz; sie verschwinden nämlich sehr gut neben den Bäumen, man sieht sie kaum. Somit wird einmal der Großteil dieses Weges beleuchtet sein. Vielleicht können wir die Anspeisung der restlichen Leuchten bis zur neuen Siedlung im nächsten Jahr unterirdisch

verkabeln. Soweit ist der Stand der Dinge dort.

Es ist aber wirklich nicht einfach, denn man müßte auch zum Verlegen dieser Leitungen und zum Versetzen der Maste teilweise die Bäume ausschneiden. Das muß auf einer Höhe von 4 bis 4,5 m geschehen. Nachdem sie so schön überhängen und eine Laube bilden, kann man sie nicht wahllos kürzen. Daher machen wir zunächst nur drei Leuchten - wo es leicht geht -, und die anderen verkabeln wir dann unterirdisch, wenn wir nächstes Jahr einige Mittel aus dem Beleuchtungsprogramm dafür erübrigen können.

Nun bitte ich um Abstimmung, Hr. Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir stimmen über den TOP 8) ab. Wer dafür ist, möge bitte ein Zeichen der Zustimmung geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Übt jemand Stimmenthaltung? Nicht der Fall. Der Antrag ist somit einstimmig angenommen.

Nun kommen wir zur Behandlung unseres Dringlichkeitsantrages.

Wer wünscht dazu das Wort? Hr. Koll. StR Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Wertes Präsidium, liebe Frau Vizebürgermeister, meine Herren

Bgm., liebe Kolleginnen und Kollegen im GR! Liebe Besucher der heutigen GR-Sitzung. Wie es mit solchen Resolutionen im Regelfall aussieht, ist die Vorgangsweise jene, daß sich Verbände bemüßigt fühlen, von Zeit zu Zeit auf wichtige Maßnahmen hinzuweisen; so auch hier: Städtebund und Gemeindebund. Die Verbände fühlen sich auch bemüßigt, in jenen Fällen, wo die Finanzierbarkeit der Gemeinden - gerade in OÖ - zu einem hohen Maße nicht mehr gesichert ist in der Zukunft, tätig zu werden.

Sie werden die Zeitungsmeldungen gehört haben: über 130 Gemeinden Oberösterreichs werden ihren o. H. aus eigenen Mitteln im kommenden Jahr nicht mehr ausgleichen können. Sie werden zum Land gehen müssen, um hier durch Sonderunterstützungen einen Haushaltsausgleich durchführen zu können. Es ist also "Feuer am Dach", und das macht auch die Dringlichkeit notwendig, daß wir uns gemeinsam an das Land wenden, um soweit zu kommen, daß vielleicht doch ab 1995 die Landesumlage, die einen Teil unserer Finanznöte beseitigen könnte, abgeschafft wird. Im Resolutionsantrag heißt es, daß es dringend nötig ist, um mittelfristig die Leistungsfähigkeit aufrecht zu erhalten; bzw. würde mittelfristig ansonsten die Leistungsfähigkeit der Gemeinden zusammenbrechen. Mittelfristig kann man für Steyr gar nicht sagen, sondern man müßte sagen:

demnächst ist hier die Stunde der großen Wahrheit gegeben. Ich werde auch versuchen zu erklären bzw. zu erläutern, warum das so entstanden ist.

Vor der Erklärung des Resolutionsgrundes steht dann auch noch: "In diesem Zusammenhang scheint es geboten, alle jene Maßnahmen darzustellen, die letztlich geeignet sind, die Existenz der Gemeinden überhaupt in Frage zu stellen."

Alle Maßnahmen - da wäre das kein Papier mit 2 Seiten, sondern ein dickes Buch, was hier an "fremdgemachten Dingen" auf uns zukommt, die wir haushaltsmäßig zu berücksichtigen haben. Ein kleiner Zusatz zu dem, was hier schriftlich formuliert ist, weil ich "fremdgemachte Dinge" sage: die allgemeine Steuerentwicklung! Damit meine ich nicht die EU-Kosten, die in der Resolutionserklärung drinnen sind, sondern Steuerentwicklungen, die Geld, das der Bund einkassiert, nicht mehr wie bisher Richtung Gemeinde fließen lassen, sondern in Bundestöpfe. Ein konkretes Beispiel dazu: Die Steuerreform, die eine Verminderung der Körperschaftssteuer-Prozentsätze gebracht hat - unter dem Titel, daß hier mehr Auslands-Investition in Österreich angeregt werden soll -, führt dazu, daß immer mehr Unternehmer ihre Firmen, die bisher einkommenssteuerpflichtig gewesen sind, in körperschaftssteuerpflichtige Unternehmensformen umwandeln

und damit eine schleppende oder schleichende Verlagerung der Steuereinnahmen Richtung Bund machen.

Ein anderes Beispiel der Steuerentwicklung: die Zinsenlandschaft. Für jemanden, der Schulden hat, ist es ja nicht unerfreulich, daß die Sollzinsen, also die Kreditzinsen, geringer sind, als noch vor einigen Jahren - für uns als "Teilnutznießer" der Kapitalertragsteuer jedoch eine sehr schlechte Entwicklung.

Aus dem Bereich der Transferzahlungen noch ein paar "Schlaglichter": Während wir in -zig Sitzungen immer wieder diskutieren, den Verkehrstarif an die geänderten Gegebenheiten anzupassen, erfahren wir vom Bund, daß eine der Sparmaßnahmen der künftigen Bundesregierung eine Änderung der Schülerfreifahrten über das Familienlastenausgleichsgesetz bedingt, was in Steyr zu einem Steuer- oder Zahlungsausfall von etwa 4 Mill. S auf dem Sektor der Stadtwerke führen wird.

In dem Augenblick - um die Aktualität zu unterstreichen -, wo wir diesen Resolutionsvorschlag dem GR vorlegen, bekomme ich Nachricht, daß gestern beim Tourismusverband ein Brief eingelangt ist, in dem Hofrat Dr. Pömer vom Land OÖ. mitteilt, daß die Tourismusabgabe (also der Ersatz der Interessentenbeiträge für die Tourismuswirtschaft) im nachhinein von 1,5 Mill. S um 420.000 S gekürzt wird. Im

nachhinein! Beschlossen wurde das am 7. Juli in der Landtags-Sitzung mit dieser Auswirkung. Eine Entlastung der Handelsbetriebe - gerade von StR Othmar Schloßgangl eingefordert, Betriebe zu entlasten, aber gleichzeitig möglicherweise der Todesstoß für den Tourismusverband Steyr. Dir. Neubaur hat in seinem Antwortschreiben bereits darauf hingewiesen, daß er mit dieser finanziellen Dotierung der Tourismuskommission, die Montag in einer Woche tagen wird (auch die Generalversammlung wird tagen), einen Auflösungs-vorschlag machen muß. Denn mit diesen Geldern, die dann zur Verfügung stehen, kann das Auslangen nicht mehr gefunden werden; bzw. würde die Tätigkeit keinen Erfolg mehr zeitigen, sondern es wäre nur mehr ein Verwalten des bisher Erreichten.

Unter diesem Szenario befinden wir uns. Daneben - auch zum Teil angeführt in diesem Resolutionsentwurf - gibt es zusätzl. Aufgabenstellungen für die Gemeinden. Gesetze ändern die Gruppengröße in den Kindergärten ab. Das bedeutet mehr Kindergärtnerinnen. Gesetze ändern die Besserstellung der Bezahlung der Kindergärtnerinnen. Wir alle wünschen es jeder einzelnen persönlich, aber wir müssen das klarerweise bezahlen! Und zwar mit einer ganz geringen Subventionierung durch das Land OÖ - vielleicht hat Koll. Lemmerer die Zahlen der Förderung beim Kindergar-

tenwesen im Vergleich zu den rd. 20 Mill. S Kosten bei der Hand. Ich glaube, es ist unter einem Viertel. Ich bitte, mich zu berichtigen, wenn dies nicht so wäre.

Das Land führt in einem Erlaß ein, eine Bildschirmzulage an die Landes-Bediensteten zu bezahlen - mit genauen Vorschriften und Regelungen. Die städt. Bediensteten hängen sich klarerweise an diese Landes-Regelung an.

So könnte man die "fremdgemachten" Entwicklungen noch sehr, sehr weit fortsetzen.

Daneben haben wir auch ein paar "hausgemachte" Entwicklungen, die unsere Situation verschlechtern. Ich denke nur an die Verbesserung des Liniennetzes und damit an die vermehrte Investition in Busse, an die vermehrte Instandhaltung, aber klarerweise auch an die erhöhten Personalkosten. Dasselbe gilt, was den Kindergartenausbau anlangt; dasselbe gilt, was Wohnbauförderung anlangt, die wir als Stadt Steyr freiwillig machen - zusätzlich zur Landesförderung. Das heißt, daß durch diese Maßnahmen selbst- und auch hausgemacht ein entspr. Finanzierungsbedarf vorhanden ist.

Jetzt aber zu dem, worum es wirklich geht. Nämlich um die Beträge der Landesumlagen bzw. um alle Umlagen, die das Land von der Stadt Steyr verlangt. Im Jahr 1988 waren das 60 Mill. S, im Jahr 1995 werden es 150 Mill. S sein. D. h., innerhalb dieser

wenigen Jahre, innerhalb von 8 Jahren, ist eine Verzweieinhalb-fachung der Umlagezahlungen von Steyr an das Land erfolgt. Im selben Zeitraum wurden die Unterstützungen des Landes in Form der Bedarfszuweisungen - Bgm. Leithenmayr hat heute schon gesagt, daß wir im Kindergartenbereich eine Bedarfszuweisung bekommen; das ist höchst erfreulich - von 1988 in Höhe von 16,7 Mill. S auf 1995 20,3 Mill. S (um 21 %) erhöht.

Wir haben also eine Verzweieinhalb-fachung der Zahlungen an das Land und nur ein Fünftel mehr, was wir vom Land im Wege der Bedarfszuweisungen zur Unterstützung unserer Aufgaben bekommen. Dazu muß man aber noch sagen, daß diese Zahl nicht steigen wird, sondern die Bedarfszuweisungen im Gemeindefeferat zu vergeben sind.

Wenn ich sage, daß 130 Gemeinden beim LH und damit beim LH-Stv. Hochmair anklopfen werden, um ihre Haushalte im Jahr 1995 ausgleichen zu können, dann können Sie sich vorstellen, wo die Bedarfszuweisungsmittel zuerst hingehen. Nämlich in die "maroden" Gemeinden und nicht in jene, die vielleicht noch einige Monate oder einige wenige Jahre "erschnaufen" können.

Es ist Feuer am Dach! Die Situation ist so ernst, wie sie noch nie war. Ich versuche, hier nicht nur dafür Stimmung zu machen, daß jeder diese Situation erkennt,

sondern auch dafür Stimmung zu machen, daß man erkennt, wo diese schlechten Situationen gemacht wurden. Daß man also nicht den Falschen prügelt, nicht den Boten, der eine schlechte Botschaft zu überbringen hat. Darum bitte ich!

Ich würde diese Resolution jedenfalls zumind. so beschließen, um sie nicht noch schärfer formulieren zu wollen. Es ist allerhöchste Zeit, daß hier etwas geschieht!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Weitere Wortmeldungen? Zuerst Hr. Koll. Eichhübl, dann Hr. Koll. Mundorff bitte.

Ich gebe den Vorsitz an Fr. Vizebürgermeister Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Geschätzte Fr. Vizebürgermeisterin, meine Damen und Herren des GR! Vbgm. Pfeil hat ja eingangs - als es um die Dringlichkeit dieses Resolutionstextes gegangen ist - sinngemäß von einem überfallsartigen Antrag gesprochen. Überfallsartig - ja, überraschend jedoch für mich nicht. Im Gegenteil. Ich glaube, meine Damen und Herren des GR, das ist symptomatisch für den

Vorlauf dieser Budget-Erstellung für das nächste Jahr 1995.

Ich möchte Sie nur daran erinnern, daß es einen Erlaß gibt zur Erstellung des Voranschlages der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1995, datiert vom 28. Juni 1994. Ich erspare es Ihnen, jetzt im einzelnen darauf einzugehen; ich möchte nur einige wichtige Passagen herausstreichen, damit ich hier wirklich beweisen kann, daß das symptomatisch für die Vorgangsweise dieser Budget-Erstellung ist.

Da heißt es unter grundsätzlichen Festlegungen: "In Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Koordination/Controlling wurden grundsätzliche Überlegungen zur Erstellung des Voranschlages erarbeitet, die die folgenden Punkte beinhalten und bei der Erarbeitung der Voranschlags-Unterlagen zu berücksichtigen sind." Dann werden die Geschäftsbereiche angeführt; dann wird darauf hingewiesen, daß die anordnungsbefugten Dienststellen für Finanzen die geforderten Unterlagen für die Erstellung des Voranschlages 1995 bis spätestens Montag, 22. August 1994, zuzuleiten haben. Dann steht u. a. noch drinnen, daß die Besprechungen mit den pol. Referenten in der Zeit vom 26. 9. bis 7. 10. 1994 abgehalten werden. Weiters heißt es dann auch unter Punkt 1.5.: "Vorlage des Voranschlages". Da gibt es eine gew. Fristeneinhaltung, die notwendig ist, weil zuerst der StS die Vor-

lage eines Budgets begutachten muß und dann die Weiterleitung an den GR beschließt.

Diese Vorlage an den StS ist also erfolgt, meine Damen und Herren, und zwar am 10. 11. 1994. Vorher - das darf ich auch sehr deutlich sagen - hat es **eine** einzige Besprechung mit mir als zuständigen Referenten der Stadtwerke gegeben; auch meinem Koll. Dr. Pfeil ist es ähnlich ergangen. Das war - wie sich dann herausgestellt hat - ein sog. "Abtastgespräch", wo im Grunde genommen eigentl. nur die Vorstellungen untereinander ausgetauscht wurden, aber es zu keinem Ergebnis gekommen ist. Siehe da! Im Budget war jedoch eindeutig festzustellen, daß beispielsweise für den Bereich des Verkehrsbetriebsverbundes keine Mittel für das Finanzjahr 1995 von seiten der Stadt vorgesehen sind. Obwohl rechtzeitig - auch in puncto Prioritätenreihung - diese Anforderungen seitens der Stadtwerke vorgelegen sind.

Erstaunlich daran war, daß einige Tage vor dieser StS-Sitzung am 10. 11. der damalige Fraktions-Obmann der Sozialdemokratischen GR-Fraktion erklärt hat, sie werden dieser Budget-Vorlage die Zustimmung verweigern!

Ich muß einfach lachen darüber. Das ist wirklich lächerlich! Denn so etwas hat es noch nie gegeben. Ich bin die dritte Funktionsperiode hier im GR, aber daß man von den Oppositionsparteien

verlangt, einer Budget-Vorlage die Zustimmung zu geben, wobei gleichzeitig von der eigenen Fraktion die Zustimmung verweigert wird, das ist wirklich mehr als erstaunlich!

Man ist dann auch Mitte November darauf gekommen, daß es einer Klausurtagung für StS-Mitglieder bedarf, um einen Budget-Vorschlag auszuarbeiten oder den vorliegenden zu berichtigen - wie immer man das auch sehen möchte.

Heute, meine Damen und Herren des GR, gibt es einen Dringlichkeitsantrag in bezug auf die Ausführungen von Koll. Zagler, auf die ich nicht näher eingehen brauche. Aber erstaunlich ist das schon, meine Damen und Herren! Erstaunlich ist es deshalb, weil im Dringlichkeitsantrag als Begründung dieser Resolution und der Kostenausweitung Punkt für Punkt Umweltbereiche angesprochen werden. Umweltbereiche werden angesprochen und sozusagen hingestellt, als wären sie die Verursacher der Budget-Ausweitungen und die Verursacher dafür, daß die Stadt Steyr ihr Budget offensichtlich nicht mehr finanzieren kann.

Grundelemente - nämlich das Wasser, das auch angesprochen wird - sind also von seiten der Stadt Steyr nicht mehr finanzierbar, weil man offensichtlich das Geld anderwärtig - das sage ich jetzt bewußt sehr hart - beim Fenster "hinausgeschmissen" hat.

Meine Damen und Herren, in einem gebe ich Koll. Zagler recht, wenn er nämlich meint und sagt: Es ist Feuer am Dach! Jawohl, das kann ich bestätigen. Im Zusammenhang mit der Erstellung des Budgets für 1995 ist tatsächlich Feuer am Dach! Ich glaube, hier werden noch einige Erklärungen von seiten des Finanzreferenten notwendig sein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster am Wort ist Hr. GR Dipl.-Ing. Mundorff.

GEMEINDERAT DIPL.-ING.
FRANK MUNDORFF:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Resolution kommt eigentl. einem Offenbarungseid gleich. Die Schatten einer verfehlten Bundespolitik und die immer verharmlosten EU-Auswirkungen haben nun offensichtlich auch die Gemeinden eingeholt. Das war klar und absehbar. Ebenfalls beschränkt sich der Einfallsreichtum des Bundes darauf - auch das war absehbar -, Land und Gemeinden zu belasten.

Die Situation und die Antragsbegründung sollen aber nicht davon ablenken, daß auch ein beachtlicher Teil der desolaten Finanzsituation in Steyr "hausgemacht" ist. Offensichtlich waren die von Bgm. Leithenmayr zitierten sog. antizyklischen Investitionen und die gesetzten Maßnahmen doch nicht ziel-

führend. Denn wenn ein Betrieb das macht, erwartet er, daß er nachher eine bereinigte Situation vorfindet.

Unsere Fraktion hat es in der Vergangenheit nicht verabsäumt und wird es auch in Zukunft nicht versäumen, auf die nun eingetretene Entwicklung hinzuweisen und hat auch Sparmaßnahmen vorgeschlagen. Diese wurden aber leider großzügig "vom Tisch gewischt".

Die reduzierten Gemeindemittel sind als deutliches Signal zu werten, daß Sparen nicht nur jetzt, sondern schon längst notwendig gewesen wäre. Um im "Schul-Jargon" unseres Finanzreferenten zu bleiben, möchte ich sagen: Wenn schon die Hausaufgaben nicht gemacht worden sind, sollten wir wenigstens die Nachprüfungen bestehen!

Schlankheitskuren sind nicht nur Instrumente in Industriebetrieben und diesen vorbehalten, sondern gelten auch für Verwaltungsapparate, die er nämlich nicht erwähnt hat bei seiner Aufzählung der "hausgemachten" Dinge.

In Zeiten als die Stadtfinanzen noch prosperiert haben, wo also BMW Millionenbeträge bezahlt hat oder der Sparkassenfonds zur Verfügung stand, haben wir es versäumt, Maßnahmen in dieser Richtung zu setzen. Den Hilfeschrei dieser Resolution nach Entfall der Landesumlage unterstützen wir selbstverständlich, aber wir fordern gleichzeitig

auch, eigene "Steyrer Maßnahmen" zu setzen, um aus diesem Desaster herauszukommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich gebe den Vorsitz wieder an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke - ich übernehme den Vorsitz wieder. Wer wünscht dazu noch das Wort? Koll. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR! Wir sind eigentl. schon in einer Budget-Debatte gelandet. Ich möchte das aber nicht weiter fortsetzen, sondern nur ein paar prinzipielle Anmerkungen machen. Wenn wir uns die vorgelegten Budget-Entwürfe angesehen haben, so sind wir gerade im ao. H. von ursprüngl. 279 Mill. auf Beamtenebene auf 242 gekommen. Nunmehr - das habe ich heute schon einmal erwähnt - werden wir uns in einer StS-Klausurtagung über 2 Tage damit befassen, wie wir mit 147,6 Mill. S im ao. H. das Auslangen finden werden.

Tatsache ist, daß sicherlich in den vergangenen Jahren Fehler bei der Finanzplanung gemacht wurden. Einer der Fehler ist auch die rasche Umwandlung der

langfristigen Kapitalzahlungen und Kapitalanlagen in kurzfristige bzw. die rasche Rückzahlung, die uns jetzt leider Gottes "auf den Kopf fällt"; weil wir nämlich diese Fehleinschätzung der Nachzahlung von über 110 Mill. S - glaube ich, waren es - von BMW und den Verkauf der Sparkasse mit rd. 180 Mill. anscheinend für die weitere Entwicklung als vorgegeben angenommen haben. Die Ernüchterung ist schneller gekommen als wir geglaubt haben. Leider mit einem großen Einbruch, der noch dazu durch die Abschaffung verschiedener Steuern, die auch heute schon angezogen wurden, und vor allem der Kapitalertragssteuer verstärkt wurde. Das wird sich sehr neg. auf das Stadtbudget auswirken und durch die Kommunalsteuer bei weitem nicht ausgeglichen werden können. Bekanntlich fehlen ja rund 50 Millionen. Ich möchte aber nicht so weit gehen und die EU-Maßnahmen hier hineinbringen bzw. bundespolitische Argumente für die Entwicklung in unserer Stadt heranziehen. Ich glaube, daß sich auch gerade die Entwicklung der Transferzahlungen vom Land gravierend verändert hat - sehr nachteilig, wie wir bereits gehört haben. Wenn ich mir das ansehe: 1988 haben wir rd. 32 Mill. bekommen, an das Land haben wir 64 Mill. bezahlt. Im Jahre 1993 waren es 60 Mill., die wir

vom Land bekommen haben, wobei wir bereits 164 Mill. bezahlt haben. Das war eigentl. einer der Höchststände. 1995 werden es rd. 64 Mill. S sein, die wir insgesamt vom Land bekommen; 151 Mill. werden wir zu zahlen haben. Ich bin dafür, daß wir dieser dringlichen Resolution unsere Zustimmung geben, wenngleich ich befürchte, daß seitens des Landes gerade bei den Subventionen u. U. wieder gewisse Einschränkungen gemacht werden könnten. Denn irgendwo muß ja auch das Land die Mittel aufbringen.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF VON STR ROMAN EICHHÜBL

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das hat nichts mit der Koalition zu tun, lieber Koll. Eichhübl.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Naja, schon! Ich erinnere nur an die Erhöhung

STADTRAT ING.

OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Man kann, solange man keine Verantwortung trägt, leicht schreien und sagen, das soll man nicht und jenes soll man nicht! Solange Du nicht selbst bestimmen und mitverantworten muß, kann man das leicht machen. Ihr habt es bis jetzt nicht tragen müssen - nicht auf

Bundesebene und schon gar nicht auf Landesebene.

Ich glaube, wir sollten diesem dringlichen Antrag zustimmen und versuchen, das Land zu mehr Leistung an die Stadt zu bewegen bzw. durch den Entfall der Landesumlage ganz wesentl. Einsparungen zu treffen. Auch die anderen Gemeinden - es sind, glaube ich, über 130, die eine ähnliche Situation haben und ihren Budget-Ansatz und vor allem auch die ao. Haushalte kaum bedecken können.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Koll. Spöck hat sich als nächster gemeldet; ich erteile ihm das Wort.

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des GR! Ja zum vorliegenden Antrag, aber obwohl ich der Dringlichkeit zugestimmt habe, verstehe ich sie nicht ganz. Die katastrophale Situation ist ja nichts Neues. Ich stimme Koll. Mundorff zu - man darf bei der ganzen Situation nicht nur das "Fremdgemachte" beachten, sondern auch die eigene Situation. Ich habe in den vergangenen Jahren bei den div. Budget-Sitzungen, Nachtragsvoranschlägen und Rechnungsabschlüssen immer wieder auf die steigenden Personalkosten (der größte "Brocken") hingewiesen, habe immer wieder auf

die Schnittlinie von weit über 30 % verwiesen.

Ich darf erinnern an die Ausführungen in der GR-Sitzung von November 1990 anlässlich eines Antrages auf Verbesserung der Beförderungsrichtlinien 1979, wo ich die Unterschiede aufgezeigt habe bei der Beamtenschaft - Unterschiede zw. den Bundes- und den Gemeindebediensteten. Ich habe bei der Verwendungsgruppe "a" von Unterschieden von 6 Jahren gesprochen; bei der Verwendungsgruppe "b" 6 Jahre, Verwendungsgruppe "c" 7 Jahre und bei den "d-Beamten" gar um 11 Jahre, wo der entspr. Beamte hier schneller befördert wird. Ich habe das Beispiel aufgezeigt mit dem "b-Beamten", mit 19 Dienstjahren, der immerhin hier beim Magistrat im Vergleich zum Bundesdienst um über 7.000 S brutto mehr verdient.

Es sei hier auch ganz ehrlich gesagt, daß ich die Beauftragung für eine Neuorganisation an das Kommunalwissenschaftl. Dokumentationszentrum gehofft habe - mit den Zielvorgaben "Straffung der Aufgaben und der Führungsstruktur" und "Verstärkung der Bürgerorientierung". Das bringt in Folge eine Senkung des Personalaufwandes mit sich, daß auch die Gedanken einer sparsamen Verwaltung, einer Dienstpostenbewertung und einer "Zulagen-Durchforstung" hier miteinfließen. Jetzt, wo Feuer am Dach ist, wie schon heute von

meinen Vorrednern zum Teil ausgeführt wurde, kommt es eben ziemlich spät. Ich verweise schon jetzt - ohne wieder der Budget-Sitzung vorzugreifen - auf die Steigung der Personalkosten von 1988 auf 1994 von 221 auf 323 Mill. S. Eine Steigerung von 55 %! Unter Berücksichtigung der Funktionsgebühren machen die Personalkosten derzeit über 50 % aus.

Der Schuldenberg - 1993: 590 Mill. S, 1994: 700 Mill. S. Ich habe vorhin bei einem Tagesordnungspunkt, den wir schon behandelt haben, von 1 Mrd. S gesprochen - Koll. Finanz-Stadtrat Zagler hat eher den Kopf geschüttelt. Wir werden uns leider bald, hoffentlich so spät wie möglich, ich glaube aber doch früher, dieser Milliardengrenze bei den Schulden nähern.

Der größte "Brocken": der Personalaufwand. Daher sofort: Abbau der Dienstklasse IX, Abbau der Dienstklasse VIII auf Fachbereichsleiterenebene, weg mit Sonderregelungen, Einsparungen bei den Posten der Dienstklasse VII, ebenso die Bildschirmzulage. Hier wurden schon die Zulagen angesprochen. Wir hätten diese Zulagen nicht einführen müssen. Ich habe bei den Personalbeirats-Sitzungen immer wieder auf die Folgewirkungen hingewiesen. Es waren vor einigen Jahren 4 - 5 pro Sitzung; mittlerweile sind es sicher - ich kenne die Zahl nicht auswendig -

über 100 Bedienstete, die in Ge-
nuß dieser Zulage kommen.

Ausgliederungen - an private Hand: Wieso nicht? Wir haben heute von der Leichenbestattung gesprochen. Wieso nicht? Nur so, werte Kolleginnen und Kollegen, bekommen wir den Haushalt in den Griff. Leider kommt das Verständnis dafür sehr spät. Ich hoffe aber, daß es überhaupt kommt!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Hr. Koll. Spanring bitte.

STADTRAT ING.

DIETMAR SPANRING:

Auch ich möchte Koll. Mundorff recht geben, daß eigene Maßnahmen sehr wohl zu setzen sind. Keine Frage! Ich denke aber auch, lieber Roman Eichhübl, daß diese Resolution nicht als Entschuldigungs- oder Ablenkungsformel für das Steyrer Budget zu sehen ist, sondern vielmehr als Ergänzung zur ganzen Problematik der Kommunen - auch der Steyrer Kommune -, die Finanzprobleme zu bewältigen.

Es ist auch nicht nur - wenn ich das so aufzähle - vom Wasser die Rede, sondern vielmehr von der ganzen "Umverteilungspolitik" des Landes, die sehr großzügig mit der Problematik der Kommunen umgeht; ich möchte beinahe sagen in einem eigenen Käfig wohnt und bei den Gittern alles "hinausschmeißt". Sozu-

sagen: "Freßt oder stirbt damit!" Hier muß endlich einmal Ruhe sein - darum geht es. Man soll nicht einfach glauben, wir wollen hier eine Abweichung der Budget-Debatte. Das wird es sicherlich nicht geben! Wie schon erwähnt, haben wir am 3. u. 4. Dez. die Klausur, die ich durchaus begrüße.

Willi, wenn Du die Probleme bei den Personalgegebenheiten ansprichst: In vielen Punkten "rennst Du sicher offene Türen ein", die jetzt angegriffen werden müssen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr der Fall. Meine Damen und Herren, wenn keine weitere Wortmeldung vorliegt, dann kommen wir zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? Eine Stimmenthaltung (VP). Wer stimmt dafür? Danke, das ist die Mehrheit. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Damit, meine Damen und Herren, ist die Tagesordnung erschöpft. Ich darf Ihnen mitteilen, daß wir heute durch die Kenntnisnahme von Beschlüssen des StS und durch Beschlußfassung bei den Verhandlungsgegenständen eine Summe von 986.400 S ausgegeben haben.

Wünscht zur Aktuellen Stunde jemand das Wort? SP-Fraktion? Nicht der Fall. FP-Fraktion?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich glaube, heute wurde ausreichend diskutiert. Wir verschieben die Diskussion über das Budget auf die Klausurtagung und dann auf die Budget-Sitzung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wird seitens der ÖVP-Fraktion ein Thema gewünscht? Herr Koll. Spöck bitte.

***Beginn der Aktuellen
Stunde: 16.38 Uhr***

GEMEINDERAT

WILHELM SPÖCK:

Karsamstag 1994 - das Glück einer Familie wird zerstört! Schlagzeile in der Presse: Notarzt konnte 3fache Mutter nach Unfalltragedie nicht retten! Hier der zerstörte PKW, das Wrack des Autos, das übrig geblieben ist. Es heißt weiter: Um das Leben einer dreifachen Mutter kämpfte am Karsamstag das Notarztteam aus Vöcklabruck auf einem Parkplatz an der Westautobahn bei Mondsee. Dort war eine 36jährige Mutter aus Steyr mit ungeheurer Wucht gegen einen Baum geprallt. Doch 10 Minuten nach der Einlieferung ins Spital starb die Unglückslenkerin. Unfallursache ungeklärt.

Mit einem Schlag war ein Familienglück zerstört: allein ein Vater (41 Jahre alt) mit seinen 3 Kindern: Tamara, die älteste, 7 Jahre; Jonathan, 4 Jahre; und das Nesthäkchen Vera, 1 1/2 Jahre. Das Unglück hatte die Familie auch schon vor einem Jahr gestreift: Der Großvater starb unerwartet im 62. Lebensjahr, die Großmutter hat sich seit diesem Zeitpunkt gesundheitlich nicht mehr erholt. Allein der Vater mit seinen 3 Kindern, die Schwiegereltern leben im Salzkammergut, eine Schwägerin in Salzburg und eine Schwägerin in Schottland. Das Unglück traf die Familie mitten im Hausbau.

Der einzige Wunsch des gebrochenen Vaters: die Restfamilie soll zusammen bleiben. Jonathan, der 4jährige Sohn, bekommt immer stärkere Asthma-Anfälle. Die ältere Tamara, 7, verkraftet den Tod der Mutter am schwierigsten. Sie zieht sich zurück, wirkt verstört. Vera, eineinhalb Jahre, bekommt auch große gesundheitliche Probleme. Momentan sind auch hilfsbereite Nachbarn sofort zur Stelle und versuchen zu helfen. Der Vater weiß aber, daß es auf die Dauer keine Lösung sein kann. Er wendet sich um Hilfe an die Caritas.

Mit GR-Beschluß v. 4. März 1993 hat die Stadt mit der Caritas eine Vereinbarung, mit welcher die Durchführung der Langzeithilfe im Bereich der Stadt Steyr geregelt wird, einstimmig hier beschlossen. Aufgrund dieser im GR

beschlossenen Richtlinien könnte der Familie geholfen werden. Derzeit laufen in OÖ klaglos 14 Einsätze. Die Caritas wendet sich daher an die Stadt, um für die Familie um Hilfe zu bitten. 30 Stunden in der Woche würde eine Familienhelferin eingesetzt werden, den Rest der Woche bekommt der Vater vom wirklich für die Not Verständnis zeigenden Arbeitgeber bei Erfüllung der Mindestlehrstunden frei.

Zu den Kosten: 4.300 S müßte der Vater tragen. Für die Stadt entstünden Kosten von insgesamt 60.000 S. Den Rest würde der Bund im Rahmen des Familienhärteausgleiches tragen.

Eine Familienhelferin, die die Kinder sogar gut kennt, ist gefunden. Doch dann kommt der Schlag ins Gesicht: Die Stadt weigert sich zu zahlen. Ein einfaches Schreiben an die Caritas: Wir bedauern sehr, Ihnen mitteilen zu müssen, daß das Ansuchen der Familie "XY" um den Einsatz einer Langzeithelferin aufgrund der äußerst angespannten finanziellen Situation der Stadt negativ entschieden wurde.

Da meine Familie auch zu den Helfern gehört - wir haben die Kinder zum Teil in unseren Familienverband aufgenommen -, wendet sich der schwer getroffene Vater an mich. Als mir, wer te Kolleginnen und Kollegen des GR, die Ablehnung von der zuständigen FA f. Soziales bestätigt wird, bin auch ich schockiert. Schockiert über die Hartherzig-

keit. Ich habe mich in meiner 9jährigen GR-Tätigkeit zum ersten Mal richtig geschämt - geschämt, ein Vertreter dieser Stadt zu sein.

Die Bitte an die zuständige Referentin, an den Hrn. Magistratsdirektor, zu helfen nützt nichts! Mittlerweile geht das Leid der Familie weiter: die Großmutter kommt ins Spital; Jonathan wird mit schweren Asthma-Anfällen ins Spital in Wels eingeliefert, wo er sich derzeit noch befindet. Die Trennung von zu Hause ist sicherlich auch ein Grund seines Gesundheitszustandes.

Ich frage mich, ich frage Sie, werte Kolleginnen und Kollegen des GR, ich frage Dich, sehr geehrter Hr. Bgm.: Was soll noch passieren, daß dieser Familie geholfen wird? Inzwischen - wahrscheinlich aufgrund meiner Interventionen - kommt ein Schreiben an den Familienvater. Ein Schreiben, das eine Teilung der Familie vorsieht. Zunächst wird in diesem Schreiben auf die finanzielle Situation der Stadt hingewiesen. Dann heißt es: Die jüngste Tochter Vera könnte von einer Tagesmutter betreut werden usw. Für den Sohn Jonathan bestünde die Möglichkeit, den Kindergarten Fabriksinsel ganztägig zu besuchen. Tamara soll in St. Anna ganztägig im Halbinternat untergebracht werden. Das wäre sicherlich eine Lösung, eine Hilfe. Ich glaube aber, daß dies eine Hilfe wäre, wenn die Kinder größer sind. Ich frage Sie:

Ist es denn wirklich ein Verbrechen, wenn jemand eine Familie beisammen halten und sie nicht aufteilen will? Wir haben heuer "1994 - das Jahr der Familie"!

Ich wende mich daher heute hier in der Öffentlichkeit als letzten Versuch an Dich, sehr geehrter Hr. Bgm., zu helfen. Ich möchte von Dir ein klares ja oder nein hören. Am Finanziellen darf es, glaube ich, hier nicht scheitern. Zum einen hatten wir von Mai bis September in Steyr schon einen Fall von Langzeithilfe. Im Einvernehmen konnte dieser vorzeitig gelöst werden - Mittel stünden zur Verfügung. Aber noch besser: im Voranschlag 1995 finden wir bei den Repräsentationskosten auf Seite 41 eine Steigerung von 400.000 auf 500.000 S. Verwenden wir davon 60.000 S für die betroffene Familie!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Wer wünscht seitens der SPÖ-Fraktion das Wort? Koll. Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG.

HELMUT ZAGLER:

Zunächst möchte ich dazu sagen, daß es sehr schwierig ist, in der Öffentlichkeit über solche Fälle zu diskutieren. Ich glaube, wir alle sind erschüttert und bedauern diese Verkettung von Unglücksfällen, die sich in dieser Familie abgespielt haben.

Wir alle haben vor wenigen Minuten über die schwierige Situation gesprochen, in der wir uns befinden - auf der anderen Seite. Jetzt geht es darum, einen vernünftigen Kompromiß oder einen vernünftigen Ausweg aus einer solchen Situation zu finden. Meine persönl. Auffassung, die sich hier vielleicht auch irgendwie widerspiegelt in dieser Beantwortung, wie Du sie vorgelesen hast, ist, daß wir seit Jahrzehnten (seit mehr als 100 Jahren) ein Sozialgefüge entwickelt haben, das Hilfestellung bei sozialer Not gibt. Es gibt eben ein Kindergartenwesen - ein in Steyr sehr gut funktionierendes; es gibt ein Schulwesen, ein Internatswesen. St. Anna wurde erwähnt - ein sehr gut funktionierendes Schul- bzw. Internatswesen. Es gibt seit einigen Jahren die Einrichtung der Tagesmütter, die die Erziehungsarbeit im Vorkindergartenalter bewältigen. Das läßt jetzt den Schluß zu, daß diese Einrichtungen entweder nicht ausreichend sind - sie decken also unsere Problemfälle nicht ab; da wäre die Überlegung zu treffen, wie man diese Einrichtung verbessert. Oder die zweite Seite ist jene: Es gibt andere Möglichkeiten. Da müßten wir aber die geschaffenen Einrichtungen entspr. hinterfragen. Bei all dem persönlichen Leid, das über diese Familie hereingebrochen ist, sollte man nicht nur die Hilfsbedürftigkeit, sondern auch das Machbare in ei-

nem best. Augenmaß sehen und beachten. Das ist

GEMEINDERAT
WILHELM SPÖCK:
Einen Vorschlag!

STADTRAT DKFM. MAG.
HELMUT ZAGLER:

Das ist die Blickweise, die ich anzubieten habe. Es ist natürlich schlimm oder schlecht, etwas Derartiges öffentlich zu diskutieren, weil man Gefahr läuft, an den Rand gedrängt zu werden, daß man gegen Hilfsbereitschaft, gegen das Ausgleichen von Schicksalsschlägen eintritt. Das möchte ich für meine Person ganz klar in Abrede stellen. Meine Überlegung in dieser Sache ist aber: Nützen wir die Einrichtungen, die wir geschaffen haben, um die Kinder heranzuziehen, um diese Familie auch beisammen zu halten. Denn ein Schul-, Kindergarten- oder Tagesmutterbesuch betrifft nicht nur die Familie dieses schwer in Mitleidenschaft gezogenen Lehrers, sondern betrifft viele andere Eltern auch, die andere Gründe und Motive haben, ihre Kinder diesen sozialen Einrichtungen zur Obhut zu überlassen.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer möchte seitens der FPÖ-Fraktion dazu Stellung nehmen? Hr. Koll. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine Damen und Herren! Ganz kurz zu diesem tragischen Fall. Ich bin auch der Meinung, daß es nicht zielführend ist, und daß es auch ein pol. Auffassungsunterschied ist, wie man so einem Problem Herr wird. Ich glaube, es ist nicht der richtige Weg, daß man sozial denkt, aber dabei denkt, daß man diese Kinder abschiebt - daß man sie in ein Heim gibt oder in eine Kindertagesstätte, weil sie dort versorgt sind. Ich glaube, daß der Familienverband in so einem Fall die bessere Sorge wäre. Dann müßte man überlegen, wie man zu einer verbesserten Situation kommt, daß diese Familie zusammen bleiben kann.

Gerade in so einer Situation könnte es und wird es wahrscheinlich fatal sein, wenn man diese Familie auch noch aufsplittet - und sei es tagsüber.

Ich denke auch, daß hier rasche Hilfe notwendig ist. Natürlich bei allen Bedenken, die Du hast - ich teile diese Bedenken selbstverständlich. Man muß dann nämlich jeden Sozialfall in der Öffentlichkeit aufbereiten, und da möchte ich nicht an dieser Stelle sein und sagen: "Dem geben wir etwas, aber dem geben wir nichts! Tut mir leid, der hat auch die Mutter verloren. Aber dieses Mädchen hat leider auch den Vater verloren usw.!" Das ist die ganze Problematik dabei!

Aber wir sollten schon imstande sein, eine vernünftige Hilfe für so

eine in Not geratene Familie zu finden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Fr. Kollegin Scheucher hat sich als nächste zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN

EVA SCHEUCHER:

Ich glaube auch, daß die Sozialeinrichtungen unserer Stadt - ob das jetzt Tagesmütter sind, ob das Ganztages-Kindergärten sind, ob das eine ganztägige Schulform ist - durchaus gut sind und durchaus im Normalfall genügen mögen. Aber ich glaube, so wie Hr. GR Spöck das hier geschildert hat, daß dieser Fall ein Sonderfall ist, und daß Kinder, die derartigen Belastungen ausgesetzt waren und noch immer sind, einfach nicht mehr in diesen Einrichtungen wirklich gut aufgehoben sind. So gut diese Einrichtungen auch sein mögen. Für diese Kinder glaube ich schon, daß man einfach einmal eine Ausnahme schaffen sollte. Denn es ist eine Ausnahmesituation! Wir werden in Steyr nicht sehr viele derartige Fälle finden, wo alles so unglücklich zusammentrifft und wo es solche Schwierigkeiten und Unglücksfälle gibt.

Ich könnte mir schon vorstellen, daß ich mich diesem Vorschlag, das als Repräsentation der Stadt Steyr zu sehen und die Repräsentationskosten um diesen Be-

trag zu vermindern und ihn der Familie zu geben, anschlieÙe. Also das, was die Stadt für Repräsentation ausgeben kann, um den Betrag zu vermindern und diesen Betrag der Familie zu geben - um es korrekt auszudrücken. Ich würde mich diesem Vorschlag in dem Sinn anschließen! Danke.

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:
Danke sehr.

Ja, meine Damen und Herren, ein wirklich tragischer Fall. Ein Fall, der die Menschen erschüttert - wie es Koll. Spöck zum Ausdruck gebracht hat. Wir stehen vor einer Entscheidung, ob wir bestehende Einrichtungen, die wir für diese Fälle haben, in Anspruch nehmen (wie es das Sozialamt getan hat) oder ob wir eine andere Maßnahme, die natürlich zusätzlich Geld kostet, anwenden. Der Vergleich mit den Repräsentationskosten ist auch einer, der in diesem Zusammenhang sehr problematisch ist. Weil nämlich die Repräsentationskosten seit 10 Jahren etwa gleich sind und weil Repräsentations-Aufwendungen solche sind, die verlangt werden - vom Tourismusverband, von öffentlichen Einrichtungen der Stadt bei Besuchen usw. Das ist ja keine Ausgabe, wo jemand sagt, wir geben jetzt für Repräsentation so und so viel Geld oder mehr aus. Es gibt eben leider so viele öffentl. Veranstaltungen, wo der Wunsch besteht, einen

Empfang durchzuführen, Repräsentanten von anderen Städten zu empfangen, Städtepartnerschaft usw.

Ich möchte schon bitten, das nicht nur in diesem Zusammenhang zu sehen. Mir persönlich ist es viel lieber, einer armen Familie zu helfen, als vielleicht vier Empfänge zu machen. Aber in einer Stadt wie der unseren ist es eben auch notwendig, sie manchmal auf diesem Sektor zu präsentieren.

Aber in Anbetracht der Feststellungen, die hier gemacht wurden, möchte ich sagen, daß der Hr. Finanzreferent wirklich überlegt hat, welche Möglichkeiten es gäbe, Hilfe angedeihen zu lassen - durch bestehende Einrichtungen der Stadt; von den Tagesmüttern bis zur Tagesheimstätte und bis zum Hort. Seine Vorstellung ist natürlich nicht unsozial. Ich möchte aber auch zugeben, daß die humanere, die sozialere Hilfe jene ist, wenn die Familie beisammen bleiben kann.

Es ist heute Thema gewesen, alle haben sich eigentlich dafür ausgesprochen. Ich spreche mich auch dafür aus! Wir werden jedoch auch über die Sparmaßnahmen diskutieren müssen bei unserem Budget, und das wird ebenfalls ein Punkt sein, über den wir reden müssen.

In diesem Fall würde ich sagen, daß wir die vorgeschlagene Form wählen und versuchen, so zu unterstützen, daß die Familie beisammen bleiben kann.

Beifallskundgebung verschiede-
ner Mandatare

GEMEINDERAT
WILHELM SPÖCK:

Ja oder nein?

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Ja!

GEMEINDERAT
WILHELM SPÖCK:

Danke!

BÜRGERMEISTER
HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch ein Thema für die
Aktuelle Stunde? Nicht mehr der
Fall. Dann, meine Damen und
Herren, sind die Tagesordnung
sowie die Aktuelle Stunde er-
schöpft. Ich danke Ihnen herzlich
und schließe die Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 17.06 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist e.h.

Belinda Kastlunger e.h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Hermann Bachner e.h.

Eva Scheucher e.h.